

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wobanstr. 4/6, und durch Postorder zu beziehen. Preis vierteljährlich 3.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 3.50, frei ins Haus 3.98, wo keine Post am Orte, 3.54.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessengruppe beruht für die einjährige Gesamtheit oder deren Mann 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Verleih- und Verleihungsarbeiten 15 Pfennige, Ansonsten 25 Pfennige. Anzeigen für die nächste Nummer müssen die Redaktion 3 Tage in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 116.

Breslau, Freitag, den 19. Mai 1911

22. Jahrgang.

Ein Appell an die Frauen.

Bäckerstreit!

Zur Stunde, wo diese Zeitung ihren Weg in die Häuser der Breslauer Proletarier nimmt, tritt eine Arbeiterschaft in den Ausnahmestand, die der Mithilfe ihrer Klassen-genossen in besonderem Maße bedarf: die Bäcker-gesellen. Seit Wochen ziehen sich bereits die Verhandlungen hin, die nach dem Willen der freiorganisierten Ge-hilfen zu einem friedlichen Abschluß geführt werden sollten. ...

Sehen wir uns die Forderungen der Gesellen an, so finden wir vier wesentliche Punkte: 1. Abschaffung des Kost- und Logiswesens. 2. Einen Minimallohn von 22 Mark pro Woche. 3. Einen monatlichen Ruhetag und 4. Die Regelung des Lehrlingswesens.

Nicht nur für die Gesellen, sondern für das gesamte Publikum, das Backwaren konsumiert, sind diese Forderungen von lebhaftem Interesse. Denn auf die Ordnung, Liebe und Sauberkeit in den Backstuben und der Angestellten der Bäckereien muß es ankommen, wenn es seine Backwaren bezieht. Kann sich aber ein Bäckergehilfe sauber halten, wenn ihm als Logis ein feuchtes Kellerloch, ein dumpfer Dachboden, ein dunkler Mehlbodenverschlag, ein heißer Raum über dem Backofen angewiesen wird oder gar eine Wagentemise? ...

Die übrigen Forderungen ergeben sich dann von selbst. Der Bäcker, der eine eigene Wohnung besitzt, der einen eigenen Hausstand gründen will, muß ein Minimallohn und wenigstens einen Ruhetag im Monat verlangen und durch Einschränkung der skandalösen Lehrlingszuchterei sich vor der riesengroßen Arbeitslosigkeit schützen, die jetzt sein Gewerbe heim sucht.

Die Bäckermeister aber haben sich gegen diese Forderungen der Menschlichkeit in krasser Selbstsucht fest verscharrt. Einige Prozen, die sich leisten können, weil sie Reichtümer angehauft haben, bringen ihre minderbemittelten Meisterkollegen in große Gefahr. Denn an der Seite der Gesellen wird die Arbeiterschaft fesseln und ihr Brot, Semmel und Kuchen nur dorthin beziehen, wo die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind.

Unsere Leser finden die näheren Anweisungen im lokalen Teil der morgigen Nummer und da die Herren Meister es auch zur Gepflogenheit haben, die Strafgerichte gegen Ver-band und „Volkswacht“ anzurufen, müssen unsere Leser durch eigene Initiative auf strenge Befolgung der dort gegebenen Vorschläge achten. Morgen wird ein größeres Flugblatt die

Zustände in den Breslauer Bäckereien schildern, um dessen Verbreitung die Bäckergehilfen uns ersuchen und die Folge dieses Appells wird hoffentlich sein:

Wir kaufen unsere Backwaren nur in Geschäften, die den Tarif mit dem Verbands abgeschlossen haben!

Die Reichs-Versicherungs-Ordnung im Plenum des Reichstages.

Die Beiträge für die Krankenversicherung dürfen, wenn nicht die Arbeitgeber ausdrücklich zustimmen, nicht höher als 4 1/2 Prozent des Arbeitslohnes sein. Die Sozialdemokraten beantragten, diese ganz ungenügende Maximalziffer auf 6 Prozent zu erhöhen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Krankenkassen können sich durch übereinstimmenden Beschluß ihrer Ausschüsse zu einem Kasserverbande vereinigen. Der Kasserverband hat sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen, so auch Krankenhäuser zu errichten. Jedoch ist für diese Kasserverbände vorgeschrieben, daß sie sich ohne besondere Zustimmung des Oberversicherungsamtes nur dann vereinigen dürfen, wenn sie ihren Wohnsitz im Bezirk desselben Versicherungsamtes haben.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese ganz unberechtigte Einschränkung für die Kasserverbände zu streichen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für Kassenvereinigungen anderer Art, die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienen, dürfen Kassenmittel nur mit Zustimmung beider Gruppen im Vorstände verwendet werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese im Interesse der Arbeiter unumgänglich notwendigen Ausgaben auf einfachen Beschluß der Mehrheit im Vorstand gemacht werden dürfen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Der Arbeitgeber kann seine landwirtschaftlichen Arbeiter von der Versicherungspflicht unter gewissen Bedingungen freimachen; es ist dazu nur nötig, daß er sich bereit erklärt, seinen erkrankten Arbeitern die Leistungen zu gewähren, die den Leistungen der ausländischen Krankenkasse gleichwertig sind.

Diese Umgehung der Krankenversicherung wollten die Sozialdemokraten gestrichen haben.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß dem Versicherungs-pflichtigen, der auf diese Weise von der Mitgliedschaft in einer Krankenkasse ausgeschlossen ist, die Auswahl unter den von der zuständigen Kasse für den Aufenthaltsort des Kranken gestellten Ärzten freisteht.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Befreiung von der Versicherungspflicht ist nur dann zulässig, wenn die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers sicher ist. Ob die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers sicher ist, entscheidet zunächst die Krankenkasse. Wenn die Krankenkasse die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers bestreitet, dann kann die Aufsichtsbehörde die Leistungsfähigkeit anerkennen und dadurch den Arbeitgeber von der Verpflichtung, seine Arbeiter zu versichern, befreien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß allein die Krankenkasse zu entscheiden hat, ob der Arbeitgeber leistungsfähig ist oder nicht.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Stellt sich später heraus, daß der Arbeitgeber nicht leistungsfähig ist, so hat die Kasse dem kranken Arbeiter alles zu leisten, wozu der Arbeitgeber verpflichtet gewesen ist.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Staatskasse der Krankenkasse das ersetzen muß, was sie auf diese Weise für leistungsunfähige Arbeitgeber zu leisten hat, da ja die Staatsbehörde in letzter Linie darüber entscheidet, ob der Arbeitgeber als leistungsfähig anerkannt wird oder nicht.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Tritt der Arbeiter eines Arbeitgebers, der seinen Arbeiter von der Versicherungspflicht hat befreien lassen, aus seiner Arbeit, so kann der Arbeiter der Zwangskasse als freiwilliges Mitglied beitreten und die Krankenkasse hat im Falle der Erkrankung die statutenmäßigen Leistungen zu gewähren.

Die Sozialdemokraten beantragten: Wenn im ersten Jahre nach dem Beginn der Weiterversicherung die Unterstützung eines solchen Arbeiters seitens der Kasse notwendig wird, so hat der Arbeitgeber der Kasse den Ueberschuß der Aufwendungen über die eingezahlten Beiträge zu ersetzen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Zahlung einer Landtrankenkasse kann allgemein oder für gewisse Gruppen Versicherter das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Ortslohnes herabsetzen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese ganz unberechtigte Schädigung der Arbeiter, die auch im Winter auf einen vollen Verdienst angewiesen sind, gestrichen wird.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Landtrankenkassen können die sogenannte erweiterte Krankenpflege einführen. In Wahrheit ist sie eine verkürzte Krankenpflege. Der Unterschied der sogenannten erweiterten Krankenpflege gegen die regelmäßige Krankenpflege besteht darin, daß auch der verheiratete Kranke unter allen Umständen der Einweisung in ein Krankenhaus Folge leisten muß. Wenn er dies aus zwingenden Gründen nicht will, so kann ihm das Krankengeld entweder ganz oder teilweise verweigert werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Schädigung der landwirtschaftlichen Arbeiter gestrichen wird.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Außerdem kann bei der erweiterten Krankenpflege sogar das Hausgeld, d. h. die Unterstützung der Familienangehörigen des Kranken, ganz oder teilweise verweigert und das Sterbegeld geschmälert werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch diese Schädigung der landwirtschaftlichen Arbeiter gestrichen werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, mit Ausnahme der Gärtner, sowie der vorübergehend in der Landwirtschaft beschäftigten gewerblichen Arbeiter ist es verboten, einer freien Hilfskasse als Erfahrlasse beizutreten.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch in dieser Beziehung die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht mindernde Rechte sein sollten, als die anderen Arbeiter.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Dem Diensthaken kann das Krankengeld von seinem Lohne abgezogen werden, den er von dem Dienstberechtigten für die Zeit der Krankheit zu beanspruchen hat.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Ausnahmebestimmung gestrichen werde.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Versicherung der unständig Beschäftigten b. h. der sogenannten Gelegenheitsarbeiter ist bedeutend ungünstiger als die Versicherung der anderen Arbeiter. Dabei gilt als unständig nicht nur wie es in der Pensionsvorsorge vorgeschlagen war und wie es sonst in der Rechtsprechung festgelegt ist, die Beschäftigung, die nach der Natur der Sache in voraus durch den Arbeitsvertrag auf weniger als 1 Woche beschränkt ist, sondern auch die nach der Natur der Sache auf weniger als 1 Woche beschränkt zu sein pflegt.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Erweiterung der unständigen Beschäftigung, durch die weite Kreise der Arbeiterklasse, die in der Wahrheit nicht unständig beschäftigt sind, für Gelegenheitsarbeiter erklärt werden können, gestrichen werde.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Beiträge und Leistungen setzt die Sachung nicht wie bei den andern gewerblichen Arbeitern nach dem wirklichen Verdienst, sondern nach dem meistens viel niedrigeren Ortslohn; besonders fest.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Ausnahmebestimmung.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die unständig Beschäftigten sollen nur dann auf die Mehrleistung der Kasse Anspruch haben, wenn dies in der Sachung der Kasse ausdrücklich bestimmt ist. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die unständig Beschäftigten in Bezug auf die Leistungen den andern Mitgliedern ihrer Kasse gleichgestellt sein sollen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sachung kann bestimmen, daß für unständig Beschäftigte der Anspruch auf Kassenleistungen erst nach einer Wartezeit von höchstens 6 Wochen entsteht.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese Bestimmung zu streichen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Politische Uebersicht.

Der Zwang zum Vermodern.

Wenn man die Redner der schwarz-blauen Mehrheit des Dreiklassenhauses am Mittwoch bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die Gestattung der Feuerbestattung in Preußen hörte, dann fühlte man sich aus dem Leben der Gegenwart herausgezauert und in Zeiten zurückversetzt, da die Feuerbestattung noch obligatorisch war, nämlich für alle jene, welche es wagten, eine andere Meinung zu haben, als die römischen Konzile vorgeschrieben hatten. Sollte man es für möglich halten, daß selbst in einem Selbstadparlament große Parteien, daß Beamte eines konstitutionellen Staates, daß Landwirte, Richter, Lehrer und evangelische Priester öffentlich verkünden würden, der Staat dürfe seinen Bürgern keine andere Bestattungsart erlauben, als die des Begrabenwerdens? Kann irgend etwas die Rückständigkeit und zugleich den terroristischen Charakter der Konserverativen und des Zentrums trasser zeigen, als das Verlangen, daß entgegen dem bestehenden Recht, wie es vom Oberverwaltungsgericht ausgelegt worden ist, auch Menschen, die das Erbegräbnis scheuen und die nichts gemein haben wollen mit der in seinem Dogma ausgesprochenen Kirchenlehre, nach welcher die Feuerbestattung unzulässig sei, daß der Staat diesen Leuten trotz alledem verwehren soll, ihren Leich einäschern zu lassen? Selbstverständlich kann und darf der Staat, der in seiner Verfassung jedem Bürger volle Meinungsfreiheit verbürgt, nur darauf sehen, daß nicht eine Bestattungsart gelbt werde, die gesundheitliche Gefahren, Sittensenkung oder die Beseitigung der Spuren von Verbrechen ermöglicht. Alle diese Garantien sind, das wird man der preussischen Regierung schon zutrauen, in der Vorlage enthalten, trotzdem bleiben Konserverative und Zentrum auf ihrem mittelalterlichen Standpunkt. Aber natürlich sind die Konserverativen die schließlichen Vertreter deutschnationaler Eigenart, wenn auch die alten Deutschen nur die Feuerbestattung gemamt haben. Genosse Hoffman sagte der reaktionären Gesellschaft alles Mögliche. Jordan v. Krüger aber sagte an diesem trübem Tage noch noch für Heiterkeit: Er verbot unserem Genossen, die Wize eines Zentrumsredners schlecht zu finden. In früherer Stunde ging man auseinander, denn die notleidenden Landwirte wollten Abends nach Wamisa gehen. — Donnerstag ist nanrentliche Abstimmung.

Der Reichstag erledigte in der Mittwochs- session über 300 Paragrafen, bis zum § 912. Mit wenig Ausnahmen wurden alle Verbesserungsanträge abgelehnt. Selbstredend wurde den Arbeitern jede Vertretung bei den Berufsvereinigungen verweigert. Nur einmal zeigte die Mehrheit, natürlich mit Ausnahme der Rechten, ein gewisses Entgegenkommen, indem sie einen Antrag annahm, der wenigstens vorsieht, daß fremdsprachigen Arbeitern Unfallversicherungsbeiträge in ihrer Muttersprache mitgeteilt werden. Die Sitzung verlief sonst außerordentlich ruhig. Der einzige Zwischenfall, den es gab, ereignete sich nicht im Hause, sondern auf der Tribüne. Die Schilderung des Zwischenfalls finden unsere Leser im Bericht.

Die Beratung der Gewerbe-Unfallversicherung wurde an diesem Tage zu Ende geführt, wobei es unserer Fraktion wenigstens gelang, eine Verbesserung durchzuführen, wonach nicht verstärkter Verletzter zivilrechtlicher Anspruch auf Schadenersatz gesichert bleibt.

In der Donnerstagsitzung, die normalerweise wieder um 1 Uhr beginnt, kommt nun zunächst die landwirtschaftliche Unfallversicherung heran.

Die Kommission, die die Reichs-Versicherungsordnung darzubereiten hatte, erhielt vom Plenum des Reichstages auch den Auftrag, den Gesetzentwurf über die Aufhebung der freien Hilfsklassen und das Einführungs-gesetz zu beraten. In der Mittwochsitzung der Kommission wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt, mit Rücksicht auf die Lieberstellung der Kommissionsmitglieder die Beratung des Hilfsklassengesetzes auf den Herbst zu vertagen. Die Kommission nahm den Antrag an und trat in die Beratung des Einführungs-gesetzes ein. Auf mehrfache Anfrage wurde von sozialdemokratischer Seite die Erklärung abgegeben, die sozialdemokratische Fraktion beabsichtige keine Verschleppung. Wenn nichts Besonderes passiere, könne die zweite Lesung der Reichs-Versicherungsordnung noch im Laufe dieser Woche erledigt werden.

„Selbstverwaltung“

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen hat das preussische Dreiklassenhaus am Dienstag das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin in dritter Lesung angenommen. Gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, das heißt in diesem Falle, gegen die Stimmen der von dem Gesetz Betroffenen, in der Materie Sachverständiger. Die Mehrheit der Groß-Berliner Bevölkerung ist sozialdemokratisch, eine Minorität ist freisinnig, die Parteien aber, die im Abgeordnetenhaus das Zweckverbandsgesetz über die Reichshauptstadt verhängen, besitzen in Berlin nur sporadischen Anhang. Berlin ist in seinem Protest einmütig. Die Mehrheit, die ihre Existenz einem unheilbaren von ihr selbst wie von der Regierung grund-sätzlich preisgegebenen Wahlsystem verdankt, die keine Beziehungen zur großstädtlichen Bevölkerung hat und keine sachlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der Berliner Kom-munalverwaltung besitzt, geht über den Protest zur Tagesordnung über und stimmt wie die Regierung will. Das ist preussische „Selbstverwaltung“. Das heißt die Agrarier verwalten ihre eigenen Angelegenheiten selbst und die der Städte dazu, selbstverständlich beide in agrarisch-reaktionärem Interesse.

Aber das preussische Abgeordnetenhaus hat ja mit seinem Zweckverbandsgesetz einen neuen „Selbstverwaltungskörper“ geschaffen. Sehen wir zu, wie er aussieht!

Der neugeschaffene „Selbstverwaltungskörper“ heißt Groß-Berlin Zweckverband und besteht aus 700 Mitgliedern. Davon entfallen 40 auf Berlin, 10 auf Charlottenburg, 5 auf Nischow, 5 auf Schöneberg, je 7 entfallen auf Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau, je 2 auf Steglitz und Vorchagen-Rummelsburg, je einer auf sechs kleineren Orten, je 9 auf die beiden Kreise Teltow und Niederbarnim. Die Städte wählen ihre Vertreter durch den Magistrat und die Gemeindevertretung, die beiden Landkreise durch die Kreisräte. Die Gemeindevertretungen selbst sind durch Dreiklassenwahlrecht gewählt, die Kreisräte sind ihrer Zusammensetzung von der Wahlprüfung durch die Regierung abhängig, die Kreisräte werden von den Landgemeinbe-

vertretungen und den größeren Steuerzahlern unter den Grundbesitzern und Gewerbetreibenden gewählt. Diese Gemeindevertretungen und Kreisräte, die nur in sehr entferntem Zusammenhang mit der Masse der Einwohner stehen, wählen nun ihre Vertretung zur Verbandsversammlung.

Und auch das heißt preussische „Selbstverwaltung“. Das kleine Restchen von Verwaltungsfreiheit, das die agrarische Land-tauglichkeit den Städten übrig läßt, wird von den Landbesitzern, den Grundbesitzern, den steuerkräftigen Unternehmern mit Beschlag belegt. Die große Masse der Bevölkerung findet kaum Gelegenheit, mit ihren Meinungen und Wünschen auch nur durch eine hoffnungslos kleine Minorität zu Worte zu kommen.

Aber damit die Verbandsversammlung in ihren Selbstverwaltungsgeleisen nicht am Ende zu üppig wird, gibt es noch einen Verband aus Schuß. Dieser besteht in seiner Mehrheit aus Bürgermeistern und Kreisamtsvorstehenden, also — da kein Mensch gegen den Willen der Regierung Bürgermeister oder Vorsitzender des Kreisamtsausschusses werden kann — aus durch-geschobenen, der Regierung genehmen Persönlichkeiten. Nur die Minorität, 8 von 18, wird von der Verbandsversammlung gewählt, deren Zusammensetzung oben geschildert ist. Und dieser Verbandsausschuß ist der Gipfel der preussischen „Selbstverwaltung“!

Ein verworrenes Gemisch von ineinandergeschachtelten Klassenwahlrechten und bürokratischen Beauflich-tigkeitsvollmachten, das ist die preussische „Selbstverwaltung“, wie sie sich in dem neuesten Wunderwerk unversäulter Drei-klassenwahlgebung darstellt. Ein System, das mit scharfsinnigem Kalkül angeschlossen, das irgendjemand, der kein Junker, kein Hausaragrier, kein Kapitalist ist, auf die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten irgend einen Einfluß ausübt, wird hier mit einem Namen aufgezogen, der, dem Englischen entlehnt, eigentlich so viel wie Selbstregie-rung bedeutet.

Wären die Worte nicht für manche Leute dazu da, die Wahrheit zu verbergen, dann dürfte man in Preußen gar nicht von Selbstverwaltung sprechen, sondern von einer Selbst-herrschaft der regierenden Klassen.

Zur reichsständischen Verfassungsfrage. Der bürgerlichen Presse wird „von zuverlässiger Seite“ mitgeteilt, daß am Dienstag und Mittwoch in der elsäß-lothringischen Verfassungs-frage Verhandlungen zwischen den Parteiführern und dem Reichs-tagler stattgefunden haben. Die Kommissionsverhandlungen sollen am Donnerstag wieder aufgenommen werden, da es der Wunsch der Regierung sei, die Vorlage vor den Pfingstferien zu erledigen. In der Kommission tritt für den Abg. Desjor, der seinen Austritt meldete, Dr. Fischer vom Zentrum ein. Nach der Mitteilung hat das Zentrum einen neuen Vorschlag gemacht, der den Forderungen der Freikonserativen entgegen-kommt, und den Religionsunterricht in der Muttersprache der Kinder erteilt sehen will. Es handele sich da um ein seit vierzig Jahren geliebtes Gewohnheitsrecht. Man werde nicht umhin können, hier auf bestehende Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, um das ganze nicht zum Scheitern zu bringen.

Fortschrittlicher Anhang. Nachdem die winzige Gruppe der Fortschrittler im Wahlkreise Bochum monatlich in ihrer Absicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, hin- und hergeschwankt sind, haben sie nun den Herrich-Dunkerschen Gewerbetreibenden Pieper aufgestellt. Es ist dies aber lediglich ein Mandat, um die Nationalliberalen zu veranlassen, ihnen weiter entgegen zu kommen, als dies bisher geschehen. Und zwar handelt es sich für die Fortschrittler vor allen Dingen um die Sicherung nationalliberaler Hilfe in dem gefährdeten Kreise Hagen. Um die Nationalliberalen gezügelter zu machen, drohten die Fortschrittler in Bochum, Dortmund und Hamm, eigene Kandidaten aufzustellen. Die Aufstellung in Bochum hat dann auch bereits den Erfolg gehabt, daß am kommenden Sonnabend die Verhandlungen der nationalliberalen Partei mit den Fortschrittler neu aufgenommen werden. Natürlich werden die Fortschrittler gegen Zurücknahme national-liberaler Hilfe in Hagen auf die angelobten eigenen Kandidaturen in Bochum, Dortmund und Hamm zugunsten der groß-industriellen Schatzmacher verzichten.

Der Nachbar des Fiskus. Es gibt gewisse Begabungen. In manchen Orten haben Leute das Talent, immer Grundstücke zu kaufen, die bald darauf von einer öffentlichen Verwaltung erworben werden. Durch derartige Fähigkeiten zeichnen sich nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung aus. So weiß „Die Post“ auf die Union-Vau-Gesellschaft in Berlin hin, deren Tätigkeit sich auf die Errichtung von viel Geld haben wie auch irgend eine andere Terrain-Gesellschaft. Plant eine Reichs- oder Staatsbehörde Erweiterungsbauten, so kann man versichert sein, daß eine Union G. m. b. H. zufällig gerade im Besitz desjenigen Grundstücks ist, das die betreffende Behörde unbedingt haben und mit Geld aufwiegen muß. Ob es Tüchtigkeit ist, oder ob es fatalistische Kräfte sind, die es verschulden, daß die Tochtergesellschaften ihre teuersten Geschäfte gerade immer

mit dem preussischen Ministerium des Innern, dem Oberbau-ministerium, dem Reichs-Militärminister usw. machen, braucht hier nicht entschieden zu werden.“ — Das läßt tief blicken.

Der Reichs. Pfarrer Jatho in Köln hat auf einen Wunsch von Beauftragten des Spruchkollegiums zur Ergänzung der Antwort, die er im Januar dem Oberkirchenrat einreichte, eine Abhandlung vorgelegt, in der er sich ausführlich über seine Auffassung des „lebendigen Christus“ und über das Glaubens-bekenntnis äußert, das er seinen Konfirmanden zu geben pflegt.

Promme Wahlrechtsfreunde. In einem Artikel zur elsäß-lothringischen Frage meint der „Reichsbote“, ob man in unseren Regierungskreisen „wirklich den Schritt von der Phrasen-geborenen Höflichkeit zum wirklichen Handeln, das bei den allgemeinen, ge-bildeten und gleichen Wahlen das unbeeinflusste, abgeklärte Urteil der Massen zur Geltung kommen und den Sieg über das Pharisäertum selbstkräftiger Demagogen davontragen wird?“ gestimmt und legisch fährt der „Reichsbote“ fort: „Einer solchen Vertrauensseligkeit verdanken wir belamäßig das Reichs-tagswahlrecht mit seinem unsagbaren Jammer für unser Volk und Vaterland“. Bismarck, der un-vergleichliche Staatsmann“, habe sich hier auch als ein über den menschlichen Jutrum nicht emporgehobener Sterblicher bekümmert. Er habe gewährt, die durch das Reichstagswahlrecht mobilisierten Massen immer in der Hand behalten zu können; aber gleich von Anfang an seien sie seinem Einflusse entfallen. Genau so werde und müsse es in den Reichslanden kommen. Die abstrakte Freiheit in dem Wahlverfahren komme wie alle utopisch ver-wirklichte politische Freiheit niemals der gesunden Vernunft, sondern immer nur der berechnenden Selbstsucht, List und Ränke-lästerei zugute.

Selbstverständlich findet man „gesunde Vernunft“, Selbst-lösigkeit, fromme und biedere Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit heute nur noch im Lager der wenigen „Reichsboten“-Christen.

Ausland.

Eine neue russische Flotte. Der Marineminister Gregorowitsch dürfte in den nächsten Tagen dem Minister-rat ein großes Flottenprogramm zur Erneuerung der russischen Seemacht innerhalb von 20 Jahren unterbreiten. Die Er-neuerung der russischen Flotte innerhalb dieses Zeitraumes ist in vier deutlich abgegrenzten Zeitperioden von je fünf Jahren vor-gesehen. Es sollen Kriegsschiffe aller Typen, auch Dreadnoughts, gebaut werden. Die bereits vorhandenen aber nicht auf der Höhe der Technik und Strategie stehenden Stützpunkte der Marine sollen neu umgebaut und vergrößert werden. Besonders wichtige werden bedeutend verstärkt und mit allen neueren Er-zugnisse der Kriegstechnik ausgestattet. Als einen der be-deutendsten Flottenstützpunkte wird Sewal angelesen. Es soll erreicht werden, daß starke jederzeit bereit Kriegsflotten in sämtlichen russischen Gewässern, auch in der Ostsee stationiert werden.

Die britische Gewalttätigkeit in Ägypten. Der britische Generalgouverneur in Kairo und „Ratgeber“ der ägyptischen Regierung E. Gorst hat einen Geschäftsbericht veröffentlicht, der den voll-ständigen Bankrott der englischen Forderung des Landes, soweit sie sich mit dem Schein der Verfassungsfreundlichkeit umgibt, darstellt. Er geht aus dem Anwachsen der nationalliberalen Be-wegung keinen anderen Schluß, als daß nunmehr mit der Selbst-verwaltung der Einheimischen, soweit sie besteht, aufgeräumt werden müsse. Er erklärt den Gesetzgebenden Rat und die Ver-treterversammlung für feindselig, da diese beiden Körper-schaften Werkzeuge in den Händen der Nationalisten zur Ver-kämpfung der Minister und ihrer britischen Ratgeber geworden seien und die Regierung des Landes unmöglich machen. Unter diesen Umständen sei das Zusammenwirken der Briten mit den einheimischen Ministern „bereits unverträglich mit der Be-günstigung der Politik der sogenannten Vertretervereinigungen.“ Man habe nämlich in den Kreisen der Eingeborenen wie der Europäer die Schaffung dieser Einrichtungen als ein Zeichen der Schwäche angesehen, die mit unzeitigen Zugeständnissen die nationalliberalen Agitation begünstigen wolle. Dies sei völlig irrig, sei aber verberbtlich gewesen für das Gelingen des Versuches, deren einzige „ehrliche und verständliche“ Weg sei, den Ägyptern klarzumachen, daß die Regierung seiner Majestät ihnen nicht ge-statten werde, in der Einrichtung der Selbstverwaltung weiter und rascher zu gehen, als sie es mit den Interessen des ge-lammten ägyptischen Volkes vereinbar findet.“ Diese Aus-säuerungen, die etwa klingen, als ob Bethmann-Hollweg von der drohenden der Selbstverwaltung der Krankenkassen spräche, zeigen, daß die Engländer nun zur nackten Gewalttätigkeit über-gehen werden. So sind denn auch bereits einige Zwangs-gesetze über den Kopf des Gesetzgebenden Rats weg erlassen worden. — Die Ausführungen des „liberalen“ Ministers des Auswärtigen im englischen Parlament zeigen, daß hierin die Regierung mit ihren ägyptischen Vertretern völlig einig ist.

Wer tat's?

Koman von Franz Eimann.

(Nachband verheiratet.)

Sie schüttelte den Kopf, sie machte mit der Hand eine un-willige Bewegung, halb abwehrend, halb drohend. Dann ging sie ins Haus zurück und schloß die Tür hinter sich, sogar den Riegel hob sie ein, was sie sonst niemals tat. Warum war sie nicht lange an der Thür geblieben? Warum konnte sie doch noch sein. Und Ewens schloß sich.

Sie hatte sich in die Sommer-Wälder. Nichts! Sie hatte eine kleine, regelmäßige Atmung. Ein heftiger Widerwillig-keit in ihr auf. Er kam, schloß, — schlief. Und sie — wieder schüttelte sie den Kopf. Nein, das war keine Sache, das war Konstante. Sie schüttelte sich nicht aus. Der Gedanke, daß er sie hören und dabei überreichen könne, reizte sie nicht. Sie schüttelte sich ihm fremd, er war ihr jetzt wieder wie ein an-derer, noch fremder als damals, so sie zum ersten Mal hier neben ihm in der Sommer zu sein gegangenen war. Der Sommer von damals war wieder in ihr. Wenn ein Mann das das seiner Frau glaubt und läßt sie hinein kommen, den er bearg-wöhnt und selbst mit diesen anderen, hat er keine Rechte mehr an diese Frau. Sie hätte ihn keine mehr eingebracht.

Als sie unter ihrer Decke lag, fand sie es heiß zum Ge-fühlen in der Kammer. Sie hätte gern noch einmal aufgehoben, aber, um das Fenster anzuhängen, aber sie konnte sich nicht bewegen. Unruhig war er sich zu und der. Ewens hatte er doch der schweren Lagerstätte immer so heiß und heiß gehalten, daß er die Wärme gefühlt hätte, ihn zu wecken, wenn es Zeit war, wenn doch er sich einmal auf die andere Seite gelegt hätte. Der dumpfe Sound war heute in ihm, der nicht zum Aufwachen kam und ihn deshalb nicht schlafen ließ.

Wer das Konstante das sie? Warum war er kein Mann und behielt nicht wie ein Mann? Sie selber wollte schlafen, schlief.

Sie schloß die Augen und schloß ihre Hände über der Brust. Aber es schloß sich, so dicht ihr durch den Kopf. Sie machte immer weiter, sie hat alles zum Geschehen war. Sie schloß sich und sich selbst ab, wie wenn sie ein Leben und ein Leben geben kann. Er hat andere Augen, sie haben in ihrem Gesichtslicht, aber er ist ein Mensch, als wenn die Wärme in der nicht sein lassen möchte, es als die Wärme für ihn nicht, wenn ein Sommer für ihn nicht sein möchte. Ewens hatte keine Rechte mehr auf sie, als ob er auf etwas

keinen andren hätten sie nachgegeben; sie wußten, der würde mit jedem von ihnen bis auf's Messer um sie kämpfen und sich aber niederlegen lassen, als das Mädchen angeden. Und sie, Serafina, hatte ihn nicht anders gewollt, als er war. Um seiner Würde halber hatte sie ihn so geliebt, wie sie keinen anderen je hätte lieben können. Sie gedachte noch dessen, wie sie sich mit heißen Tränen ihm gebogen hatte, wie ebenwärtig sie sich als Waise in seinen Armen durchdrückt. Wenn es wieder so hätte sein können!

Warum war es nicht? Wie hätte es denn je anders wer-den können und wie konnte es für so etwas ein Aufstehen ge-wären? Kann würde das Dampfe und Unausgesprochenen, das zwischen ihnen lag, sie einander immer mehr entzünden, in Gleich-gültigkeit, in sich aneinander treiben, vielleicht die gegenseitig-keit aufzugeben lassen, wie Todfeinde. Und das alles um nichts, — das alles, weil sie die Würde Ewens nicht — die Tür wies, wenn er kam, um die Ewenswürde einzunehmen, — als ob sie das überhaupt gelohnt hätte! Es war, um daran den Ver-lassen zu denken. Und ein Stoß hätte das alles verdrückt, hätte gemacht, die sie gewinnen konnte. Wozu denn also in dieser Ohnmacht verharren und die Hände im Gesicht, das alles über sich lassen lassen, das Glück und die Liebe sich zwischen den Fingern gerieben zu lassen, wie wertlose Scherben?

Wieder kam der heiße, wilde Deang über sie. Gleich einem Gewittersturm über's dumpfe Gem. Wie, wenn sie selber wäre, wenn nicht wieder würde, leben müssen, wie früher? Oder ob sie ihm denn würde verzeihen können und er sich hat ihr für-dessen und sich haben würde? Aber gleichgültig, wenn es nur wurde, wenn es nur so nicht blieb, wie es jetzt war! So durfte es nicht bleiben.

Sie schüttelte sich an, aufzustehen. Dazu lag sie noch hier und er hätte sie nicht der Glück, die auf sie dränge? Das sie in der Wärme, konnte sie sich sein. Ewens konnte sie doch nicht, wie sie es vollkommen würde. Aber wie sie sich nicht, — was kam daraus aus an? Ein Weg würde sich schon finden. Wie Ewens sah zu dieser Stunde doch noch in der Dunkelheit sein „Ewenswürde“ und wenn er nachher durch die Dunkelheit gehen würde — oh, sie würde schon freier sein, — so würde, daß er keinen Laut im Zusammenstößen mehr von ihm sah. Sie würde so treffen.

Wenn als sie sich erheben wollte, sah sie, daß sie Ewens unter seiner Decke aufschloß. Da lag sie so geringsüchtig wie der Junge. Er konnte nicht auf nicht schlafen, ihm ließ es auch nicht sein. Das schloß sie mit Geringsüchtigkeit. Und dann sah er eine Decke halb aufgeschoben im Bett, als ob er auf etwas

hinaushorche. Da stellte Serafina sich ganz wie schlafend. Aber durch einen schmalen Spalt ihrer geschlossenen Lider gewahrte sie, daß Ewens nach seinen abgeworfenen Kleidern tastete und sich vollends von seinem Lager erhob. Eine Weile schloß ihr Herz so laut und rein, daß sie meinte, er müsse sie hören können. Aber er blühte garnicht auf sie, er kümmerte sich um sie garnicht. Langsam zog er sich wieder an. Dabei wurde es Serafina seltsam ruhig zu Mut. Also gut, er würde es tun, — er. Sie brauchte ihm nicht den Weg zu weisen, geschweige denn ihm zuzurufen. Ein wohliger Frieden durchströmte sie, indem sie ihre Glieder dehnte. Endlich! Endlich!

Sie beobachtete wie gebaut jede seiner Bewegungen. Er zog sich nachlässig an, soviel ihm die Dunkelheit erlaubte, und schloß sich dann hinaus. Auf sie blühte er nicht. Sie hätte, wie er die Kaustur leise aufstank, dann war alles gut. Wo-jetzt ging er. Er hatte begriffen, daß es jetzt wurde, daß es so nicht weiter ging. Und was einmal sein mußte, konnte auch gleich in dieser Nacht sein. Jetzt konnte sie schlafen, von jetzt an konnte sie immer ruhig schlafen.

Ewens stand draußen in der kalten Nacht und wachte nicht, warum er aufgestanden war. Es hätte ihn keine Ruhe gelol-fen, es gab diese Nacht keinen Schlaf für ihn. Und da drinnen wäre er erstickt. Aber was wollte er hier? Wozu sollte das alles führen? Er reichte schlaftrunken die Arme. Dann kam er sich auf der feineren Hautstreife nieder und rierte ins Dun-kele. Nicht einmal mehr schlafen können! Er blühte auf das Madonna-Bild, das bräuen in der Mauerische hinter einem Ge-teschen stand und vor dem ein matt glänzendes Geländchen brannte. Dann betraute er sich. Nein, er wollte es nicht tun, — das eine, was die Madonna nun und immermehr quäligen über auch nur verzeihen konnte. Er wachte wohl, daß es ihm im Bute lag, es zu tun, und daß jeder andere es an seiner Stelle hätte. Aber was konnte es denn frommen? Wenn Serafina ihn nicht mehr liebte, wenn sie ihn mit dem Rücken die Arme gedreht hatte, — die Zeit schaffte ihm ihre Liebe nicht wieder zurück und machte auch nicht ungeschehen, was ein-mal geschehen war. Die einmal ein anderer in den Armen ge-halten hatte, die begehrt er nicht mehr, derer sollte ihn, und wenn jeder Tropfen seines Autes nach ihr gebraunt hätte.

Aber war es denn geschehen? Er wollte, konnte nicht daran glauben. Zur die weiche Wochheit der anderen wollte es ihm einimpfen. Wie der Wacker um den Landbesitzer (siehe) Kipide Komets so wohl um sein Haus und nicht um sich selbst allein. Aber Serafina — nein! nein! tausendmal nein!

(Fortsetzung folgt.)

In der Nacht vom 16. zum 17. Mai verschied nach langer Krankheit unser Verbandsmitglied und Mitglied der Begräbniskasse, der Zimmerer

Hermann Nitschke
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer
Zahlstelle für Breslau.

Beerdigung: Freitag, den 19. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Wenzel Haackeschen Krankenhause. 2684

Am 18. d. Mts., nachmittags, verschied nach langer Krankheit unser Verbandsmitglied, der Zimmerer

Max Paschke
im Alter von 21 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer (Zahlstelle für Breslau).

Beerdigung: Freitag, den 19. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. 2683

Schauspielhaus
Abend 8 Uhr:
Heute Donnerstag, den 18. Mai und folgende Tage:
Gastspiel des
Max Walden-Ensembles,
„Volksbühne“
Zweites Gastspiel an der Spitze des Schauspielhauses von sich 10 (Sonntag 11 Uhr) bis 2 Uhr Mittags und Abends von 7 1/2 Uhr ab, letzter Tag für im Parktheaterhüte Parafsch.

Sommer-Theater (Liedlichs Etabl.)
Heute und folgende Tage:
Jung-Heidelberg
Operette in 3 Akten.
Im Garten: **Reindel**.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Die neue Revue
Sei uns in Breslau
mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten
Im prächtigen Garten!
Vollständig neues Programm.
11 Attraktionen.
Entree 10 Pfg.

Palmengarten.
Hochheben:
Bedienung
in
Sofenrod.
Konzert:
Damen-Trompeter.

Belangen Sie nur Reparaturen auf der
Königs- und Linden-Strasse!

Unsere Arbeit werden Ihre Befehle
immer verlässlichen Bewusstheit!

Radrennbahn Grüneiche.
Training
Gr. Oder-Preis
von Breslau.
Freitag, den 19. Mai,
Sonntag, den 21. Mai,
Eröffnung des 5 1/2-7 Uhr.
Entree 20 Pfg.
Wichtigster Teil des Tages
bei Abbruch des Tages.

Uhren,
Reparaturen,
Werkzeuge,
Spezialarbeiten,
Leo Labran,
Königs- und Linden-Strasse.

Wohl, gebrauchte neue u. wenig gebrauchte

Möbel
Bettst. m. Matr. u. Rücken 25 M.
Sofa 24 M. Divan 35 M.
Eisen- u. Holzstuhl-Einrichtungen
von 200 M. an. — Katalog gratis.
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Preis spottbillig. Teilzahl. gek. 2681

Max Giesel
Größtes Möbel-Kaufhaus
der städtischen Stadt befindet sich auf ca.
70 Einrichtungen in 6 Logierzimmern
ausgestattet.
Brüderstraße 5, ptr. u. l.

Hochabhandlung
Carl Rother & Rode
Breslau I. Querstr. 26.
Spezialität: 4671
ff. alte Sumatra-Decken
von tobelsj. Brand in jed. Preislage.

Ein fast neues Grammophon
mit Platten jetzt billig zu verkaufen
Nieder-Salzbrenn H. Nr. 91.

Kalbfleisch
Pfr. 70 Pfg. auch Stule und Niere bei
R. Opitz, Trebnitzerstrasse 18.

!! Sie sparen Geld !!
Kunze, schöne Stoffe . . . 87, 88, 89, 90, 91
auch Maß, elegant . . . von 17 88, 89
Kaufmanns-Kunze . . . von 7 1/2 88, 89
Kleiderarbeit M. Juliusberger,
Königsstr. 41, II. G. (Rein Leben).

Zigaretten
Über 100 Sorten
empfiehlt 2160
Oscar Rudolph,
Breslau, Heudorfstr. 61.

1. Gang-Wäsche, incl. für 25 88, 89,
2. Gang-Wäsche, incl. für 25 88, 89,
bei R. Rosenfeld, Hermannstr. 1. 1687

2. Bettdecken mit Federmatratzen,
1. Bettdecken, 1. Bettdecken, billig zu verk.
Königsstr. 18 bei Kreuzer. 2548

Sucht für sofort eine
Steinmetzen,
wenn möglich nach Schiffsbau, bei gutem
Lohn. Ernst Petersenke, Südbauer,
Südstr. 10, Schiffsbaustr. 31.

Sofennäherinnen
A. W. u. S. u. S.
Königs- u. Linden-Strasse
Königs- u. Linden-Strasse 28, Tel. 1. 67.

WILDERER
General-Vertreter
Wilhelm Homann
Breslau II, Tarnitzstr. 53.
(2. Haus v. d. Tarnitzstrasse.)
Special-Karte „Amant“
solid und preiswert.
„Teuerhaltung garantiert.“
Sonder-Abteilung
Königs- u. Linden-Strasse
Breslau-Altstadt.

Breslauer Blumentag

1911.

Freitag, den 19. Mai, abends 8 1/2—10 Uhr

Grosser Lampion-Korso

der Breslauer Rudervereine vor der Holteihöhe.
Prachtvolle Illumination der Ufer, Brücken, Sand- und
Dominsel. Wasserfeuerwerk. Schattenspiele.
30—40 Boote, zwei Festdampfer, mehrere Privattendampfer
und Motorboote, sämtlich mit Lampions geschmückt.
Auf den Festdampfern Konzert der Ohlauer Husaren; Verpflegung an
Bord durch die Weinhandlung Christian Hansen.
Die beiden Festdampfer sind von 7 1/2 Uhr ab an der Landungsstelle Ohlau-
ufer zu betreten; Abfahrt der Dampfer Punkt 8 Uhr zur Aufstellung und Be-
gleitung des Boots-Korsos.
Karten zu den Festdampfern für den Lampionkorso zu 2 Mk. in der
Geschäftsstelle des Blumentages, Rathaus I. Stock, kleiner Saal, erhältlich. Die
reservierten Plätze auf der Holteihöhe zum Preise von 1 Mk. und auf dem Pro-
menadenwege zum Preise von 50 Pfg. werden ebendort und in den Geschäften
von Juwelier Harzig, Optiker Heidrich und in den Zigarren-Geschäften von
Schwartz & Müller, Jeglors & Co., Lindau & Winterfeld verkauft.
Der gesamte Reinertrag fließt der Wohltätigkeitskasse des Blumentages zu.

Radrennbahn Scheitnig-Grüneiche.

Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 4 Uhr

Grosser Oderpreis von Breslau

über 1 Stunde und 10 Kilom. Rekordfahren.

Es starten: 2676
R. Scheuermann, Breslau. Linart, Belgien.
B. Salzmann, Heidelberg. Hugo Przyrembel, Berlin.
Ausserdem 5 Flieger-Rennen.
Abonnement
übertragbar für 4 Rennen M. 8.— Innenraum und Platz am Ziel.

Hentschels Etablissement Pöpelwitz.
Gente Donnerstag: Grosses Mai-Kränzchen
bei freiem Entree. 2672
Präsident-Polonäse, elektrische Licht-Effekte.

Saal- und Garten-Etabl. **Bergkeller**
Inhaber: Otto Biedermann. 2553
Gente Donnerstag: Großes Mai-Kränzchen. Entree frei. P. C.
Im schönen Park mit
Eisenbahn, den 20. Mai: Mai-Kränzchen von Dittich 8a.

Rekonvaleszenten — Kranke!
trinkt 2671
Gramsch-Porter
ärztlich empfohlen — alkoholfrei
Generalvertreter Max Hübner, Breslau VI, Telephon 2244.

Bitte lesen!
Beim Einkauf von
Henkels Bleich-Soda
achte man genau auf entsprechende Packung
und weisse Beschriftungen, da weisses
minderwertig, energielos geruch.



Wilhelmsburg Heute Donnerstag:
Gross. Mai-Kränzchen. 2673
Polonäse mit Gratt-Präsident-Verteilung.

Zur Lohnbewegung
der Breslauer Tabakarbeiter
geben wir hiermit bekannt, daß folgende Firmen den vom
Deutschen Tabakarbeiter-Verband aufgestellten
Lohntarif nebst Tarifvertrag
anerkannt haben.
Heinrich Rossmann, J. Krempig, A. Kern, G. Titze,
R. Kunze, Max Lampke, T. Tesche, A. Fenger, J. Wurbs,
A. Welzel, E. Drzialiszynski, O. Wruck, Th. Morawsky,
Kühnel, A. Hohberg, O. Hübner, H. Gröhl,
Wilhelm Rebling, Richard Hoffmann, Karl Kattoy,
O. Schumann, Martha Aligner, Thiel.
Den Minimaltarif haben trotz vorhergehender Verhandlung
nicht anerkannt die Firmen:
Max Schüller, Bartschstraße, Ecke Delsnerstraße.
Oskar Maiwald, Dirschstraße 67 und Kleine Scheitnigerstraße 45.
Klaar, Rospplatz 12, Ludwig Wruck, Trebnitzerplatz.

Waldenburg Geschäfts-Anzeige. Waldenburg
Einen geehrten Publikum von Waldenburg und Umgebung die ergebene
Mitteilung, daß ich mich hierseits Hauptstraße 28, im Hause des Herrn
Waldemeyer verhalte, als
2678

Barbier und Friseur
niederzulegen habe. Unter der Aufsichtung prompt, preiswert und feinerer Bedienung
bitte ich um geneigtes Wohlwollen und günstigen Zuspruch.
Geschäftsmittel
Bruno Schreiber.

Anstellungs-Räume in 6 Etagen!
Möbel-Einrichtungen
in jeder Preislage.
Lebenslange Garantie. Billige Preise.
Krimke & Co., Neue Grapenstr. 7
am Seemannplatz

Schlesswerder.
Donnerstag, den 18. Mai:
KONZERT der Stadt-Theater-
Kapelle.
Konzertleitung: 2663
Kapellmeister Eißler.
Beginn 5 Uhr. Eintritt 25 Pfg.
— Sie wissen —
ja nicht, wie gut und billig! 2682
— Singe 0 1/2, 0 1/2, 0 1/2.
Nach Maß, wunderbar, 17 88, 89.
Anzugfabrik Wallstrasse 17a, l.

Wir empfehlen:
Lessing's Meisterdramen.
Emilie Galotti.
Minnav. Barnhelm
Nathan der Weise
gut gebunden Mk. 1.00
Buchhandlung
„Volkswacht“.

Rechte u. Pflichten
des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist fachkundig
auf Grund der Motive und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.
Sozialdemokratisches
Liederbuch von Max
Regel 0.40

1. Beilage zu Nr. 116 der „Volkswacht“.

Freitag, den 19. Mai 1911.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.

Ueber dieses Thema wird Genosse Dr. Hermann Dunder aus Stuttgart in den Städten Breslau, Piesnitz und Waldenburg einen

Vortrags-Kursus

abhalten, der für Breslau am Dienstag, den 13. Juni, beginnt. Der unterzeichnete Bildungsausschuss ladet zur Teilnahme an diesem Kursus die Breslauer und auswärtigen Genossen ein und empfiehlt den Arbeiterorganisationen, ihren Funktionären die Teilnahme an dem Kursus aus den eigenen Mitteln zu erleichtern. Die Karte, die zum Eintritt für alle 8 Vorträge berechtigt, wird zum Preise von 75 Pfg. verabreicht, die Einzelkarte kostet 15 Pfg. Der Vortrags-Kursus ist in folgende Einzelhemata eingeteilt:

- Dienstag, 13. Juni: Sozialistische Weltanschauung, sozialistisches Programm und sozialistische Gegenwartsforderungen in ihrem gegenseitigen Verhältnis. Die philosophischen Grundlagen des Sozialismus.
- Mittwoch, 14. Juni: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus.
- Dienstag, 20. Juni: Der Sozialismus als politische Bewegung. (Ueberblick über die Geschichte der Sozialdemokratie.)
- Freitag, 23. Juni: Die praktischen Forderungen des Sozialismus. a) Die demokratischen Forderungen (Verfassung.)
- Dienstag, 27. Juni: b) Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik. c) Stellung zu Kirche und Schule.
- Freitag, 30. Juni: d) Steuerpolitik.
- Dienstag, 4. Juli: e) Sozialpolitik.
- Freitag, 7. Juli: Die politische Eroberung des Klassenstaates.

Diese Vortragsreihe bestätigt wohl jedem organisierten Genossen, daß der bevorstehende Kursus für die politische Ausbildung jedes einzelnen viel verspricht; besonders ist der Besuch aber allen denjenigen Genossen zu empfehlen, die selbst als Werber für unsere Ideen in Versammlungen, Diskussionen und dergleichen wirken. Sie werden eine Fülle von Material und Wissen mit nach Hause nehmen.

Indem wir um starke Beteiligung an diesem Kursus bitten, teilen wir mit, daß die Karten bereits jetzt bestellt und vor Mitte dieser Woche an durch das Parteisekretariat bezogen werden können.

Der Bildungsausschuss für die Breslauer Arbeiterschaft.

13. Generalversammlung der Maler Deutschlands.

München, 13. Mai.

Sechster Verhandlungstag.
Die Statutenänderung wird fortgesetzt. Dem Kommissionsvorschlages entsprechend wird beschlossen, dem Hauptverband einen Beitritt beizugeben, der aus dem Vorsitzenden des Ausschusses und den Bezirksleitern gebildet wird. Dieser Beitritt tritt auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses zusammen, um in allen wichtigen Angelegenheiten, Fragen der Taktik und des Tarifs, für die Gesamtorganisation gemeinsam Beschlüsse zu fassen. — Vängere Debatte entspinnt sich über die Frage, ob eine Prekominmission eingesetzt werden soll. In den Hamburger Vereinbarungen wird dies gefordert. Die Kommission schlägt vor, es bei dem bisherigen Zustand, wonach der Ausschuss die Verhandlungsleitung auch über das Verbandsorgan ist, bestehen zu lassen. Demgemäß wird beschlossen. Abgelehnt wird das Verlangen, daß die Vor-

standsvertreter, Bezirksleiter und der Ausschussvorsitzende nur beratende Stimme auf der Generalversammlung haben sollen. Ebenso finden Anträge, die Generalversammlung solle nur alle drei Jahre stattfinden, keine Zustimmung.

Dem Vorstand werden dem Vorstand Anträge überreicht, wonach die Schaffung eines eigenen belorberischen Fachorgans eventuell als Beiblatt erwogen und ferner den Jugendligen geeignete Nummer des Verbandsorgans herausgegeben werden soll. Arbeitslose und Kranke, die vom Beitrag befreit sein wollen, müssen sich wöchentlich zweimal zur Kontrolle melden. — Streikunterstützung wird künftig vom ersten Tage an bezahlt. — Wünsche, den Agitationsbezirk 1 (Süd Berlin) zu teilen und für die Provinzen Schlesien und Posen zusammen einen besonderen Bezirk zu bilden, werden dem Vorstand zur Erwägung überwiefen. Die Bezirksleiter müssen sich künftig alle zwei Jahre auf der Generalversammlung zur Neuwahl stellen.

Das Reglement für die Reiseunterstützung wird dahin abgeändert, daß an Stelle Kilometergelder eine Unterstützung von 80 Pfg. pro Tag gewährt wird. Der Vorstand wird beauftragt, noch in diesem Jahre, nachdem das Resultat der Lokalerstatistik vorliegt, eine Konferenz der Lokaler einzuberufen.

Dann faßt die Generalversammlung Beschlüsse zu dem gestern behandelten Punkt Reichstarifvertrag und Lohnbewegungen. Folgende Resolution findet einstimmige Annahme:

„Die 13. Generalversammlung bedauert, daß der Arbeitgeverband im Malergewerbe nicht instande gewesen ist, die Durchführung des abgeschlossenen Tarifvertrages in vollem Maße herbeizuführen, wodurch das Bestreben unserer Kollegen, im ganzen Reich Anerkennung des Tarifes zu erreichen, wesentlich beeinträchtigt ist. Der Vorstand wird beauftragt, mit allen Kräften für weitere Ausarbeitung des Tarifes, wie bisher Sorge zu tragen.

Notwendig ist, daß alle tariflichen Bestimmungen gleichmäßig mit Nachdruck ausgeführt werden. Aus diesen Erwägungen heraus lehnt es die Generalversammlung ab, die Ausführungsbestimmungen zum § 10 des Reichstarifs zu genehmigen, da sie nicht anerkennt, daß es notwendig erscheint, gerade für diesen Paragraphen besondere Bestimmungen zu treffen. Viel wichtiger ist die Durchführung des paritätischen Arbeitsnachweises.

Die Generalversammlung ermächtigt den Vorstand, den durch eine Sperre auf Grund des § 10 des Reichstarifs arbeitslos gewordenen Kollegen den vollen Lohn als Streikunterstützung zu bewilligen, wozu die Arbeitgeber die Hälfte nach § 10 Wd. beizutragen haben. In allen diesen Fällen ist aber von den Fiskalen das Streikreglement zu erfüllen mit der einzigen Maßgabe, daß verheiratete Kollegen nur mit ihrer Zustimmung zur Annahme von Arbeit in anderen Orten verpflichtet werden können.

Zur Erzielung einer möglichst günstigen Vertragsabstufung nach Ablauf dieser Tarifperiode ist notwendig, daß jeder einzelne Kollege seine volle Pflicht gegenüber der Organisation erfüllt.

Mur eine starke, gütlichdisziplinierte Organisation ist in der Lage, einen besseren Tarifabschluss zu erzwingen.“

Die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßnahmen zur Durchführung der Lohnbewegung des Wd. (auf des Reichstarifvertrages), von denen wir die wichtigsten Bestimmungen bereits gebracht haben, werden ohne wesentliche Änderungen ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Generalversammlung beriet nun über einen Antrag des Ausschussvorsitzenden Leinert-Hannover eine Regulierung der Gehälter der Beamten vorzunehmen. Seit 6 Jahren sei keine Erhöhung der Gehälter der Lokalbeamten und Bezirksleiter vorgenommen worden, es sei hoher angebracht, die Anfangs- und Endgehälter dieser Angestellten zu erhöhen. Leinert schlägt eine Erhöhung der Endgehälter um 2 bis 400 Mark als Jahresgehalt vor. Dieses soll für die Lokalbeamten größerer Orte 2600 Mark, für die der übrigen Filialen 2400 Mark und für die Bezirksleiter 2000 Mark betragen. Das Anfangsgehalt soll nur bei den Beamten größerer Filialen von 1800 auf 2000 Mark erhöht werden. — Gegen diese Vorschläge die doch eigentlich sehr bescheiden sind, wird stark opponiert. Es werden gegen die Erhöhung die alten Argumente vorgebracht, die man fast auf allen Generalversammlungen, die eine Gehaltsregulierung vornehmen, hört, die aber für die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr wenig verständnis zeigen. In namentlicher Abstimmung wird die Gehaltssteigerung mit 38 gegen 38 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder werden mit allen gegen die Stimme des Hamburger Delegierten Leiby wiedergewählt. Ausschussvorsitzender Leinert-Hannover wird einstimmig wiedergewählt.

Das neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft. Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet. Vorsitzender Meyer-München schloß sie mit einem Rückblick auf die Beratungen. Er sprach unter Zustimmung der Delegierten die Hoffnung aus, daß die Kollegen bei der nächsten Tarifbewegung einmütig und geschlossen hinter der Organisation stehen.
Die nächste Generalversammlung findet 1913 statt.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Arbeiter! In Fildichow (Vommern) stehen sämtliche 85 Arbeiter der Holzgewerkschaften seit 8 Tagen im Streik. Die Arbeiter fordern einen Stundenlohn von 30 Pfg., bisher beträgt der Lohn 25 Pfg. Ein gütlicher Vergleich war nicht zu erzielen, denn die Unternehmer wollen weder mit der Organisationsleitung noch mit „ihren“ Arbeitern verhandeln. Zugang ist fernzuhalten.

Tarifabschluss im Militär-Sattlergewerbe. In der Militär-Sattlerbranche des Königreichs Sachsen ist es auf dem Verhandlungswege ohne Arbeitsunterbrechung zur Anerkennung des Berliner Tarifs gekommen, der im wesentlichen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutet und geeignet ist, die Konkurrenz der Unternehmer einzubämmern. Für Sachsen und Wachs werden ab 1. Januar 1913 3 Prozent des Arbeitslohnes als Entschädigung gezahlt. Der Tarif gilt bis 31. März 1914.

Streik in der Pianofabrik von Blüthner in Leipzig. Wegen Entlassung des Vorsitzenden des Arbeiter-Ausschusses und wegen Verweigerung der Abgabe der Gründe hierzu haben Mittwoch Vormittag 500 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Streik der Maschinenbauer auf der Hamburger Werft von Blohm und Rof. Dienstag Nacht beschloß eine stark besuchte Versammlung der Maschinenbauer die sofortige Arbeitsniederlegung. Die Veranlassung dazu ist in Affordabzügen und Mißregelungen der Vertrauensleute zu suchen. Etwa vierhundert Arbeiter haben Mittwoch früh einmütig die Arbeit eingestellt. Bemerkenswert ist, daß die Differenzen nicht etwa ihren Ursprung in der in diesem Jahre stärkeren Beteiligung der Hamburger Werftarbeiter an der Meißener haben. Auf der Werft von Blohm u. Rof haben die Arbeiter den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe gefeiert, mit Rücksicht darauf, daß zu der Zeit schon die Differenzen bestanden und die Arbeiter der Werftdirektion keine Handhabe geben wollten, die Meißener für eine Verschärfung der Situation benutzen zu können.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Mai.

Geschichtskalender.

19. Mai.

- 1762 Der Philosoph Fichte *
- 1825 Der französische Sozialist Saint-Simon †

Wo stecken die Terroristen?

Scharfmacherblätter, wie die „Schlesische Zeitung“, werden nicht müde, täglich über die angebliche Schwärzherrschaft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu herrschen. Die geringsten Kleinigkeiten müssen dazu herhalten, gegen die Organisationen der Arbeiter zu heben und zu schüren. Dabei lebt die bürgerliche Welt vom Terrorismus gegen die Schwachen und Rechtlosen, und besonders das Junkerblatt auf der Schweidnitzer Straße hätte allen Grund, vor der eigenen Tür zu kehren, denn in ihrer Papierfabrik zu Sacrau, Kreis Delz, sind kürzlich Arbeiter gemagregelt worden, nur weil sie eine öffentliche Versammlung besucht haben. Es wird uns darüber berichtet:
Zur Mai-Versammlung in Gundselsfeld am Abend des 1. Mai waren auch ein Arbeiter und eine Arbeiterin der

Letzte Volksvorstellung.

Abschiedsvorstellung für Herrn Robert Müller.
Der bunte Reigen unserer neunzehn Volksvorstellungen, der mit Hauptmanns „Wiberpelz“ im Herbst begann und in der Aufführung der „Jüdin“ seinen Höhepunkt erreichte, fand gestern Mittwoch, Abend mit Lessings „Rathan, der Weise“ seinen feierlichen Abschluß. Das hohe Lied der Menschlichkeit, das Tag und Nacht als Schlussvorstellung der offiziellen Theaterjahren über die Bühne gegangen war, und über dessen Inhalt und Aufführung wir uns an dieser Stelle schon ausgelassen haben, gab der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Gelegenheit, dem schiedenden Künstler, der die Titelfolle verkörperte, zu bezeugen, daß er sich auch in ihrem Herzen ein dauerndes Denkmal gesetzt hat. Durch das freundliche Entgegenkommen des Herrn Direktor Löwe war es möglich, diese Bekundung der Dankbarkeit und Liebe an den Schluß einer Aufführung zu setzen, in der die ausserlesenen Künstler unserer Bühne ihre Gaben im ersten Theater der Stadt der frei organisierten Arbeiterschaft vermitteln konnten. Unter ihnen fand sich gar mancher, der uns aus zahlreichen Volksvorstellungen ein Vertrauter geworden und darüber hinaus unsere eigenen Veranstaltungen im Gemeindefesthaus bei geschönern helfen, neben Herrn Robert Müller das allzeit mit Freuden begrüßte Fräulein Salta und Herrn Stobe, der seine Kunst erst kürzlich der revolutionären Poete der Märztag lieh. Sie alle haben wohl innerlich mitgejubelt, als sie die Verehrung der Arbeiterschaft sahen, die sich in voranartigen Bewusstseinsäußerungen äußerte. Der Bildungsausschuss hatte Herrn Müller eine schlichte Ehrung in Gestalt eines Lorbeerkränzes mit roter Schleife bereitet, an dem die Widmung befestigt war:

Dem verehrten Künstler Robert Müller in Dankbarkeit

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Breslaus
und unerschütterlich mit ihrem Beifall die Hunderte aus allen Kreisen Ihre Namen auf den schlichten Kranz. Daß es gerade die Verkörperung der edlen Volksarbeit und Toleranz sein konnte, an die sich diese Kranzgebung schloß, war ein besonders günstiges Zusammentreffen, und mit dem herzlichsten Abschiedswort

an Herrn Müller verbinden wir deshalb unseren Dank an alle anderen Mitwirkenden und den Direktor des Theaters, der uns diesen Abend ermöglicht hat.

Folgende Werke kamen im Laufe des vergangenen Winters für die Arbeiterschaft im Thalia-Theater zur Ausführung:

- 25. September: Der Wiberpelz.
- 9. Oktober: Der Wiberpelz.
- 23. Oktober: Wenn der junge Wein blüht.
- 13. November: Wenn der junge Wein blüht.
- 20. November: Maria Stuart.
- 20. November: Die verunkelte Blode (Lobe-Theater).
- 20. November: Die Jüdin (Stadttheater).
- 11. Dezember: Das Kongert.
- 25. Dezember: Der Troubadour.
- 26. Dezember: Sappho.
- 15. Januar: Kabale und Liebe.
- 29. Januar: Nora.
- 12. Februar: Onkel Bräsig.
- 19. Februar: Onkel Bräsig.
- 12. März: Die Kinder.
- 26. März: Anatol.
- 9. April: Uriel Acosta.
- 10. April: Cavalleria Rusticana. Die schöne Galathee.
- 17. Mai: Rathan der Weise. (Stadttheater.)

Breslauer Sommertheater.

„Jung-Heidelberg“, Operette in 3 Akten von L. Kramm und E. Lindau. Musik von Karl Millöcker.

Es ist immer eine mißliche Sache, in den Schreibpulten Verflorbener herumzukramen und aus einzelnen vorgefundenen Briefchen einen neuen Brief zusammenzuspinnen. Ernst Reiterer, der Nachfolger von Johann Strauß (siehe „Frühlingssinfonie“), hat sich auch der undankbaren Aufgabe unterzogen, die Hinterlassenschaft Millöckers zu „säufen“. Diese beiden Herren arbeiteten sehr gewissenhaft und bei weitem nicht so strapaziert wie die meisten der Leute, die sich gern als ihre Nachfolger ausgeben möchten. Was sie in ihre Taschenblätter eingeschlossen, war gewiß noch nicht rein genug, um an die Öffentlichkeit gezogen zu werden. Das sollten die Testamentsvollstrecker doch bedenken. So hört man denn auch in der gleichen vom Geiste Millöckers inspirierten Operette nur ganz selten einen „echten“ Millöcker; die Mehrzahl der darin enthaltenen Musikstücke geht an dem einen Ohr hinein und bald zum anderen Ohr wieder hinaus.

Die Herren Textdichter — warum nur immer zwei an einem solchen Buch arbeiten mögen? — haben sich auch nicht sonderlich strapaziert; einer vertiefte sich immer auf den andern — das ist der Nachteil einer Kompagniarbeit! — „Jung-Heidelberg“ lehnt sich ganz lose und leicht an „Alt-Heidelberg“, das, beiichte beisehen, doch auch „jung“ Heidelberg. Fast der ganze erste Akt ist von Studentenjungen angefüllt, die außerordentlich reizlos und ohne irgendeine zündenden Witz sind; die meisten Bemerkungen werden auf der Bühne selbst belacht, ohne daß dieses Lachen sein Echo im Zuschauerraum fände. Der zweite Aufzug enthält zur Abwechslung eine Anzahl militärischer „Auffrische“, in denen nicht eine einzige, wenn auch noch so alte Kaiserinshofblüte gedeiht. Im dritten Akte werden beide Gattungen kombiniert.

Die sehr flotte Aufführung — ich sah diejenige vom Mittwoch — half über manche Klippe hinweg, spielte sich aber vor einem recht schwach besetzten Hause ab und konnte schon aus diesem Grunde keine rechte Stimmung erzeugen. Eigentlich dankbare Rollen enthält das Stück nicht. Die Damen Phila Wolf und Penny Loges spielten und sangen mit Verve, vermochten aber ihren schemenhaften Figuren keinen rechten Lebensodem einzupfeifen, ebenso bot wieder das flotte Frä. Krammer eine entsetzende Leistung. Sehr erheitend waren die Herren Heidemann und Langendorf, während sich die Herren Werh-Liedemann und Fischer mit wenig dankbaren Rollen abplagten mußten. Ehre und Aufzüge gingen korrekt, das Orchester unter Leitung des Herrn Dr. Dulle war zu laut. Die Ausstattung war sehr prächtig. G. W.

Aus aller Welt.

Unwetterberbeerungen in Oesterreich. In Mähren, Böhmen, Schlesien und Galizien haben schwere Gewitter, verbunden mit Wolkenschlag und Hagelschlag, schreckliche Vermüstungen angerichtet. Brücken wurden von den Fluten weggerissen und Eisenbahnbrücken unterwaschen, sodaß vielfach der Bahnverkehr sowie der Telephon- und Telegraphenverkehr gestört wurde. Der Katastrophe sind mehrere Menschen zum Opfer gefallen. In Sosnaw hat ein Wolkenschlag ebenfalls großen Schaden angerichtet und sieben Robbühnen durch Hagelschlag in Brand gesetzt; mehrere Bohrlöcher wurden von den Fluten weggeschwemmt.
Die Strafe Pfeil und das Vernehmlichungsgericht.
Die Strafe Stephan v. Pfeil, geb. 1871, die mit Frau Marie Pfeil geb. v. Pfeil, geb. 1871, in Wien wohnt, wurde durch das

Sachverhalte Papierfabrik erschienen, was gewiß ihr gutes Recht ist. Am Donnerstag des nächsten Tages wurden sie ins Fabrikantengericht und entlassen. Aber damit noch nicht genug. Der Chefmann der Arbeiterin, der gar nicht in der Verammlung war, mußte auch ins Kontor und bekam seine Kündigung, so daß er noch 14 Tagen ebenfalls brotlos wurde. Es handelt sich in beiden Fällen um starke Familien, deren Empfänger geregelt wurden.

Seit mehr als 60 Jahren haben die Bürger Preußens das Recht, sich friedlich zu versammeln und Vereine zu bilden; aber der Arbeiter, der eine Versammlung besucht, wird entlassen. So achten gewisse Kreise die staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie sehen, daß Arbeiter von ihnen Gebrauch machen. Die Papierfabrik in Sacrau rühmt sich noch dazu ihrer Arbeiterfreundlichkeit. Besonders stolz ist sie auf ihre Arbeiterwohnungen, die nur ein Mittel zu dem Zweck sind, die Leute von den „roten“ Verbänden abzuhalten. Das ist aber nicht zu erreichen, denn die niedrigen Mieten sorgen schon dafür, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen bei den teuren Zelten die Erkenntnis kommt, wie notwendig ihre fester Zusammenschluß in gewerkschaftlichen Verbänden ist, die dafür sorgen, daß solche unerhörten Maßregelungen in Zukunft unmöglich sind.

Wo stellen wir uns zur Flugblattverbreitung?

Das Material für die Flugblattverbreitung am Freitag wird abends von 6 Uhr an in den folgenden Distriktslokalen ausgegeben:

- | | |
|-----------------|--|
| Distrikt 1 | (Gabi) Kronprinzstraße 60. |
| 2 | (Sauerbrunn) Augustastr. 19. |
| 3 | (Gräblich) Vorst., (Süd.) Wewaldstr. 12. |
| 3a | (nördl.) Siebenhüfenerstr. 19. |
| 4 | (Mikolaitz) Striegauerpl. 11. |
| 5 | () Vorderstraße 10. |
| 6 | () Leuthenstraße 62. |
| 7 | (Obertor, weibl.) Mehlgasse 52/54. |
| 8 | () Weitzelstraße 6. |
| 9 | () östl.) Michaelisstraße 3. |
| 9a | () Enderstraße 6. |
| 10 | (Sandbor) Bürgerstraße 16. |
| 11 | () Michaelisstraße 26. |
| 12 | (Schein) Vorst.) Baulstraße 42. |
| 13 | () Dirschstraße 68. |
| 14 | (Ohlauer Tor) Königgräberstraße 10. |
| 15 | () Margaretenstraße 17. |
| 15a | () Alie Taschenstraße 16. |
| 16 | (Strehler Tor) Dübenerstraße 60. |
| 16a | (Rohrauer Tor) Rohrauerstraße 70. |
| 17 | (Schweidnitzer Tor) Neuborstraße 99. |
| 17a | (nördl.) Neuborstr. 65. |
| 18 | (Innere Stadt, östl.) Legehberg 7. |
| 19 | () weibl.) Kupfergasse 21. |
| Sand-Distrikt 6 | (Böwewitz) Brommstraße 2. |
| 14 | (Verbahn, Mürgen) Schönstraße 21. |

Die Gewerkschafter und Parteigenossen begeben sich bald nach Feierabend in ihr Distriktslokal. Wer um 6 Uhr Arbeitsschluß hat, geht um diese Zeit zur Flugblattverbreitung, wer um 6 $\frac{1}{2}$ oder 7 Uhr aus der Arbeit kommt, bleibe nicht etwa zurück, sondern finde sich auch möglichst bald im Distriktslokal ein.

Im Distrikt 15 a, dem jüngsten der Distrikte, der eine Reihe Straßen mit wenig proletarischer Bevölkerung umfaßt, dürfte es an Flugblattverbreitern mangeln. Es wird deshalb ersucht, alle überschüssigen Kräfte der anderen Distrikte in das Distriktslokal Alie Taschenstraße 16 zu schicken, damit auch in diesem Stadtteil alle Häuser gut belegt werden können.

Dritter schließlicher Sonntag des deutschen Arbeiter-Steinographen-Bundes (Sylvan Arends). Am Sonntag, den 14. Mai, tagte in Pannau ein aus den meisten Städten Mittel- und Niederschlesiens besuchter Sonntag des Arbeiter-Steinographen-Bundes. Ein von Schriftgelehrten Mauermann gehaltenes Referat über die Vorgänge des Arends'schen Systems fand viel Beifall. Der Geschäfts- und Kassenbericht weist auf ein erfreuliches Vorwärtsschreiten hin. Die übrigen Anträge fanden ebenfalls Annahme. Nach Erledigung der Tagesordnung unternahmen die Delegierten unter Führung von Pannauer Genossen einen kleinen Ausflug in die nähere Umgebung der Stadt.

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen dem Ehemann der Arbeiterin, der gar nicht in der Verammlung war, mußte auch ins Kontor und bekam seine Kündigung, so daß er noch 14 Tagen ebenfalls brotlos wurde. Es handelt sich in beiden Fällen um starke Familien, deren Empfänger geregelt wurden.

In des Abmählige Amtsgeschäft **Abteilung für Kommunalverwaltung**. Nachdem ich nunmehr seit sieben Jahren am den Seiten meiner Kinder Stanislaus und Hella präsentiere, ohne daß ich in den letzten Jahren, das gerichtliche Verfahren auch nur in erster Instanz so weit zu führen, daß ein Urteil über den bestimmten Besitz der Kinder ergangen wäre, siehe ich nunmehr meine sämtlichen Angelegenheiten und noch nicht zur Entscheidung gekommenen Angelegenheiten auf Vernehmung meiner Kinder an mich zurück. Bereits am 6. Mai 1911 habe ich dem Standesamt hier (in Berlin, S. 10.) mitgeteilt, daß ich aus freier Entschiedenheit den Namen einer Gräfin Weib abgelegt habe, den ich mit Rücksicht auf meine Kinder als die Jahre beibehalten gewünscht war. Die mir meine letzte Verfügung und wie ich es sehr mühe, erlaubt mir mein unter einer mehrjährigen verheirateten Ehe und unter schwersten Umständen schwer geschädigter Gesundheitszustand es nicht, weiter zu verschieben, zumal das Ende der Prozesse nicht absehbar ist. Auch habe ich meine Kinder durch die langwierige Entscheidung empfinden können. Der Staatliche und dem Richter habe ich meine Jugend und meine Gesundheit geweiht und bin nun am Ende meiner Kraft. Vor einem höheren Richter mögen diejenigen sich veranlassen, die dazu beigetragen haben, zu Gunsten eines Kindes Hans Weib meinen Kindern ihre Rechte zu nehmen und ein Amtsgeschäft in den Händen zu lassen. 65. Stephanie Weib.

Der Köpplerer **Reisepreise**. Das Juppel ist in den letzten Tagen eingetroffen. Seine Reisezeit ist in erster Linie die Frage, ob Köpplerer wegen seiner Lage auch in Zukunft Standesamt eines Stellvertreters sein kann. Graf Juppel macht dies von dem vollständigen Umwandeln der Halle abhängig. Er verlangt zwei Einheiten, ein Geld, auf dem das Juppel aus- und einzuweisen werden kann und eine Vertretung der Halle. Es soll, wenn die Stadt diesen Wünschen entspricht, Weib August das neue Juppel, das zurück in die Halle kommen in die Halle, nach der Halle gebracht werden.

Die größte Schmeichelei. Die „Leitungsstelle“ mußte aus Berlin: Eine große Komödie war, wie die offiziellen Berichte jetzt zeigen müssen, der amtliche Bericht über die Finanzen von Berlin. Der Bericht enthält in Wirklichkeit nur eine Zusammenfassung von 500 Zeilen, die durch das Juppel und Juppel zurück in die Halle gebracht werden. Der Juppel Bericht hat auf die Halle gebracht, die Halle in der Halle, die Halle in der Halle, die Halle in der Halle.

Zum Lohnkampf der Bäcker. Folgende Beliebte hatten bis Mittwoch Abend den Lohnstreik des Bäckerverbandes anerkannt, was die Hausfrauen beim Einkäufen der Backwaren besonders beachten mögen:

R. Weitz, Mollatstraße 99/100, J. Reichel, Eadowastraße 7, F. Wurde, Wöpelwitzstraße 18, V. Schrobach, Brunnenstraße 18, U. Duth, Scheinigerstraße 44, R. Klein, Böschstraße 4, R. Larisch, Willebrandstraße 3, Th. Larisch, Willebrandstraße 21, G. Laschke, Al. Scheinigerstraße 43, N. Neumann, Mattheisstraße 83, Th. Sambal, Wewaldstraße 18, Fr. Schäfer, Neue Tauentzienstraße 70, R. Scholz, Cosel bei Breslau, Fr. Starke, Cosel bei Breslau, J. Siegon, Zschepnerstraße 8, G. Klein, Neue Wobertstraße 111.

Backware aus geregelten Betrieben ist ferner zu haben in folgenden Verkaufsstellen des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“:

- Leuthenstraße 33, Kreuzburgerstraße 16, Bärenstraße 26, Gräblichstraße 49, Al. Scheinigerstraße 10, Wewaldstraße 6, Wewaldstraße 81.

Mitbürger, Arbeiter und Arbeiterfrauen! Wer mithelfen will, die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, der kaufe seine Backware nur in diesen Geschäften. Achtet auf die Bewilligungsplakate.

Wir ersuchen auch die Arbeiter und Arbeiterfrauen, darauf zu achten, daß in den Fabrikantinnen nur boykottfreie Backware geführt wird.

Die Bäcker-Jungung hat ein zweites Flugblatt herausgegeben, worin die meistertreuen gelben Gesellen eine „Aufklärung an alle Bürger und Frauen von Breslau“ richten. Wie diese Aufklärung beschaffen ist, kann man sich wohl denken. Die beschriebenen Forderungen des Bäckerverbandes werden als eine Machtprobe bezeichnet und zum Schluß bitten die Herren flehentlich: „Seht uns im Kampfe um unsere Menschenrechte und Freiheit.“ Die Innungsherren mit dem traurigen Gesolge der zufriedenen Gesellen schämen also nicht sehr flehentlich zu sein. In den nächsten Tagen dürften sie noch kleiner werden.

Gegen die völlige Sonntagsruhe hat sich der kaufmännische Verein in Breslau nach einem einleitenden Referat des Stadtdirektors Mugdan und sehr langer Debatte erklärt. In der Resolution, die man annahm, heißt es:

In Ermüdung, daß durch eine weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit eine sehr beträchtliche Zahl von Angehörigen des Handels- und Gewerbestandes, insbesondere der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden in den Erwerbsverhältnissen schwer geschädigt und in der Steuerkraft beeinträchtigt werden, richtet der kaufmännische Verein die dringende Bitte an den Magistrat, den dahingehenden Bestrebungen seine Zustimmung verweigern zu wollen.

Die Resolution enthält nichts als allgemeine Nebenarten, womit gar nichts bewiesen wird. Als in den neunziger Jahren und später die Sonntagsarbeit beschränkt wurde, konnte man dieselben Klagen über den Rückgang und die Schädigung des Handelsgewerbes hören. Nichts davon ist aber eingetreten. Auch die völlige Sonntagsruhe würde dem Gewerbe keinen Schaden bringen, was die Erfahrungen in anderen Städten beweisen.

Zur Tarifbewegung der Tabakarbeiter ist zu berichten, daß sich der Zigarrenfabrikant Klarar, Nollplatz 12, weigert, den vom Deutschen Tabakarbeiterverband geforderten Tarifminimum anzuerkennen. Es haben deshalb bei ihm die organisierten Zigarrenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Neben diesem Fabrikanten sind es noch die Fabrikanten Mag. Schüller, Worschstraße, Edz. Wessnerstraße, und E. Mainwald, Dirschstraße 67 und Klein, Scheinigerstraße 43, die es ablehnen, den vom Verband geforderten Minimaltarif anzuerkennen. Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsangehörigen! Das Breslauer Gewerkschaftskomitee beschloß in einer seiner letzten Sitzungen, die so schwer um eine menschenwürdige Lebensführung kämpfenden Tabakarbeiter moralisch zu unterstützen. Liebt Solidarität und kauft nur Zigaretten von Firmen, die die bescheidenen Forderungen der Organisation anerkennen haben. Beachtet das Inserat in der heutigen Nummer der „Volkswacht“.

Die Arbeiter-Sängervereinigung Breslau und Umgebung hält Dienstag, den 23. Mai, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal) ihre sechsmonatliche Gefängnis-Massen-

probe ab. Es werden neu eingeliefert: „Das heilige Genet“, „Ein Sohn des Volkes“, „Drauß ist alles so prächtig“. Außerdem werden Einzelvereinschöre und Unterbezirkschöre zum Vortrag gebracht, ferner wird die Vortragslehre fortgesetzt. Das Erscheinen aller Arbeiterlieder ist dringend notwendig. Der neuorganisierte Arbeiter-Gesangsverein „Sabbath“ hat an der Probe teilzunehmen. Freunde und Gönner des Gesanges sind willkommen.

Die Antwort des Schmiedemeisters. Aus dem Kreise der Schmiedegesellen wird uns geschrieben: Der Schmiedemeister Betrausch, Gährtstraße 10, entließ am 6. Mai einen organisierten Schmiedegesellen aus unbekanntem Grunde. Um dem Meister nicht Unrecht zu tun und ihm vielleicht nachzugeben, daß er den Gesellen gemahnt hat, wurde Herr Betrausch vom Angestellten des Schmiedeverbandes sehr höflich nach den Gründen der Entlassung gefragt. Herr Betrausch benutzte nun das beigelegte Rückporto und schrieb an Genossen Peukert:

„Orl. 11. 5. 11. Die Marke verbenbar auf diesen Kumer zurück.“

„Das ist doch gewiß eine sehr freundliche Antwort. Wenn wir uns selber erlauben, das Gebahren mancher Meister in der „Volkswacht“ kritisch zu beleuchten, dann haben uns das die Meister über an gerechnet. Sie meinen, wir sollten sie doch vorher darüber zur Rede stellen, denn ein Geselle sage auch nicht immer die Wahrheit. Jetzt, wo Genosse Peukert so vorgeht, antwortet ein Meister mehr als sonderbar. Die Gesellen mögen aber daraus ersehen, wie notwendig es ist, daß sich alle dem Verbands anschließen. Einer starken Organisation gegenüber werden die Herren Meister gar bald ihre Zugespitztheit aufgeben müssen.“

Der internationale Maschinenmarkt auf dem Palastplatz ist heute eröffnet worden. Was die Landwirtschaft an Maschinen und sonstigen Gerätschaften zum Betriebe braucht, ist in reicher Auswahl vertreten und man wird auch recht günstig darüber belehrt, wie weit der Siegeszug von Dampf und Elektrizität auf dem Lande vorgebrungen ist. Es herrscht vor und auf dem Markte ein sehr lebhaftes Treiben, dem die Maschinenwelt von nah und fern ihre besondere Begehrte geben.

Achtung, Militärpflichtige! Für die Militärpflichtigen der Stadt Breslau, deren Zunamen mit den Anfangsbuchstaben A—K beginnen, ist das diesjährige Ober-Gefährdungs (Aushebung) in der Zeit vom 6. bis 13. Juni bei Pohler, Mehlgasse 11.

Der Geistesranke in der Kirche. Ueber einen furchtbaren Zwischenfall in der Vincenzkirche wird berichtet: Mittwoch früh 7 Uhr, unmittelbar vor Anfang des Schulgottesdienstes, empfing eine größere Anzahl von Männern und Frauen in der mit dem Hauptteil der Kirche in Verbindung stehenden Kapelle die Kommunion, darunter auch ein Mann, der nach der Rückkehr auf seinen Platz in die Kirche überfahren und tödlich unter lautem Geschrei auf einen neben ihm sitzenden Herrn ein, der stark blutende Verletzungen erlitt. Nur mit Mühe konnte der rasende Mann überwältigt und aus der Kirche gebracht werden. Der Vorfall tief besonders unter den jüngeren Schülern eine Aufregung hervor. Der geistesranke Mann wurde der herbeigerufenen Polizei übergeben.

Von einer Dampfmaschine ist tödlich verlegt. Unter dieser Liebeschiff berichteten wir am 19. April 1911, daß der Arbeiter Frey Dhanski am Osterjohannabend auf der Berlinerstraße einen 13 Jahre alten Knaben gegen eine vorbeifahrende Dampfmaschine gelassen hat, so daß der Knabe überfahren und tödlich verletzt wurde. Wie uns Herr Dhanski jetzt mitteilt, ist das Verbrechen gegen ihn wegen fahrlässiger Tötung vom ersten Staatsanwalt eingestellt worden.

Unlauterer Wettbewerb im Fahrradhandel. Eine bemerkenswerte Entscheidung hat der 5. Strafsenat des Reichsgerichts am 3. März 1911 erlassen: Ein Fahrradhändler hatte in Zeitungsankündigungen als Verkaufsstelle seine Privatwohnung angegeben und dadurch im Publikum den Anschein erweckt, als ob er den Fahrradhandel nicht gewerbsmäßig betriebe, sondern daß die bei ihm erhältlichen Fahrräder Gelegenheitskäufe seien. Das Reichsgericht sieht hierin eine nach § 4 des Wettbewerbsgesetzes vom 7. Juni 1909 strafbare Handlung. Selbst die Anbringung der Aufschrift „Fahrradhandlung“ an der Wohnung, so führte es aus, hebt die Strafbarkeit nicht auf. Die Ehrenhaftigkeit als gewerbsmäßiger Fahrradhändler müsse sich schon aus den Ankünftigungen ergeben. Ob Kaufstufte wirklich angeleitet oder getätigt werden, sei rechtlich unerheblich. Durch die Zeitungsankündigungen werde wahrheitswidrig der Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorgerufen, und dadurch sei die strafbare Handlung bereits beendet.

Schaulustendiebstahl. Ein vor einem Hause in der Schmiedestraße angebrachter Schaulustener eines Zahntechnikers, der Bahnfahrkarte von bedeutendem Wert enthielt, wurde vor einigen Tagen mit Gewalt losgerissen und gestohlen. Bald nachdem der Diebstahl bemerkt wurde, ist der Schaulustener betraubt auf der Treppe eines Hauses in der Schaulustener gefunden worden. Vor Anlauf der Vernehmung der Bahnfahrkarte, die reichlich mit Wägen versehen sind, wird gewarnt, und gebeten, Angaben über den Täter an das Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu machen.

gemeldet. Jetzt wird bekannt: Ein Waure hatte seine 500 Schweine aus dem Lager weggeführt, damit der Platz für die anrückenden spanischen Truppen als Lagerplatz frei wurde. Des Nachts brachen die Schweine aber wieder aus und kehrten nach dem alten Lagerplatz zurück. Als die Spanier das Gegränge der Tiere hörten, glaubten sie den Feind in der Nähe und entzündeten ein heftiges Infanteriefeuer gegen den vermeintlichen Feind. Schließlich trat noch Artillerie in Aktion. Die Tiere ergriessen darauf schrecklich die Flucht und der Kommandant beglückwünschte die Truppen zu dem „herrlichen Siege“.

Sehenswerte Schuhmoden. Im Festsaal der Handelskammer zu Berlin fand eine Konferenz statt, die von etwa dreihundert Schuhwarenfabrikanten, Händlern und Großhändlern aus fast allen größeren Städten Deutschlands besucht war, und den Zweck hatte, eine Kommission einzusetzen, die die deutsche Mode für sämtliche Schuhwaren regeln soll. Ein Herr Krieger eröffnete die Sitzung und erklärte, daß es sowohl für die Fabrikanten als auch für die Händler vorzuziehen sei, sich über die Frage der Schuhmoden zu einigen. Die Amerikaner haben bereits im vorigen Jahre eine Kommission für die Schuhmoden eingesetzt. In Deutschland möchte man diesem Beispiel folgen und vielleicht je sehr moderne dankbare Formen für Damen- und Herren einführen und dies zur Kenntnis des Publikums bringen.

Ein Offizier ins Wasser gestiegen. Ein aufregender Sozialist hielt sich in der Nacht zum Mittwoch am Tempelhofer Ufer in Berlin ab. Dort sprang gegen 1/10 Uhr vor den Augen mehrerer Passanten ein elegant gekleideter junger Mann in den Landwehrkanal. Auf seine Hilfezeit stellten zwei Arbeiter herbei, denen es gelang, ihn zu retten. Man brachte ihn nach der naheben Kanalisation, wo der Lebensmüde sich als ein 23-jähriger Leutnant aus Erie ausgab. Diese Angaben erwies sich auf der Polizeiwache als unzutreffend. Der junge Offizier, den die Lat unter der Nachwirkung einer barzischen Nacht verübt zu haben scheint, wurde nach dem Gesundheitsamt in Tempelhof gebracht. Nach einer anderen Version soll der unvernünftige Offizier — es handelt sich um den Leutnant v. Gieseler vom 22. Inf. Reg. — die Lat in einem Kanal von Jag. Jurausatz mitgeführt haben.

Ein gefährliches Spiel. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich nach einer Reibung zwischen Bedienten bei Kötz, wo zwei Knaben sich auf ein vor einem Restaurant liegendes Motorrad setzten und das Rad zum Fahren brachten. Zu beiden Seiten der Straße lag ein großer Stein, der sich in der Reibung bewegte, wobei die Knaben schwere Ver-

letzungen davontrugen. Das Verzin kam durch den Anprall zur Explosion und brachte außerdem dem einen Knaben noch schwere Brandwunden bei.

Ein trübselige Rechnung. Wie wenig die Menschheit bedeutet, geht aus einer Rechnung hervor, die zuerst von Professor Zuccarini aufgestellt und seitdem ergänzt worden ist. Schätzt man die Bevölkerung der Erde auf 1800 Millionen, so würden, könnte man sie an einem Orte zusammenbringen, 25 Quadratkilometer zu ihrer Aufstellung genügen. Dabei käme auf jeden mehr als ein Quadratmeter Raum. Rechnet man seit 6000 Jahren 200 Generationen und nimmt man an, daß jede spätere so zahlreich gewesen sei, wie die früheren, so hätten all diese Geschlechter auf einer Fläche Platz, die ungefähr halb so groß wäre wie Deutschland. Wollte man die lebende Menschheit auf einmal in Särgen begraben, so brauchte der Kirchhof nur rund 29 Quadratkilometer groß sein. Hinterlasse, was zu reichlich angenommen erscheint, jeder Leichnam ein Zehntel Kubikmeter Raumbesitz, so würde der Rest einer ganzen Generation keine vier Quadratmeter auch nur ein Drittel Meter hoch bedecken. Der Vergleich mit den winzigen Korallentierchen, die ungeheure Riffe und Inseln aus ihren Skeletten aufbauen, oder winziger Infusorien, die große Landschaften bilden, liegt nahe.

Zur Geschichte der Interpunktion. Solange man die Schriftsprache zur Anwendung bringt, hat man auch das Bedürfnis gefühlt, die Worte und Sätze angemessen zu trennen. Das geschah nun in den alten Zeiten auf verschiedene Weise. Untere heutige Interpunktionstheorie datiert erst aus dem letzten Viertel des fünfzehnten Jahrhunderts. Die älteren gelehrten Schriften verwenden als Interpunktion einen senkrechten Strich oder mehrere Punkte übereinander hinter jedem Wort, oder aber sie lassen einfach einen gewissen Raum frei. In römischen Schriften trennte man die Worte nur durch einen Punkt, der aber am Schluß der Zeile fehlte. In altdeutschen Handschriften ließ man bei einem Sinnabschnitt den Rest der Zeile frei, wie zum Beispiel noch heute in den Bibeln. Im Mittelalter richtete man den Trennungspunkt etwas tiefer, so daß er immer mehr zum heutigen Komma wurde, wendete aber auch vielfach den Punkt und andere Zeichen an, jedoch ohne feste Regeln. Erst ein venezianischer Drucker nämlich Aldus Manutius brachte Ordnung in die Sache, und man kann ihm ruhig als dem Entdecker der Interpunktion bezeichnen, wie sie bis auf die Gegenwart gekommen ist und wohl auch in aller Zukunft bestehen bleiben wird. Alle unsere heutigen Interpunktionen rühren in ihrer Form und Anwendung von Manutius her und verbreiteten sich durch die Buchdrucker nach und nach über die ganze Erdkugel. Man kann sich denken, daß die damals weitbekanntesten Buchdruckerfamilie in Genua, die seit 1515

Morgen Abend: Große Flugblatt-Verbreitung

über die ganze Stadt Breslau. Es handelt sich um die Unterstützung der Bäckergesellen, die um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfen.

Gewerkschaftler und Parteigenossen! Helft Euern leidenden Klassengenossen!

Schauspielhaus. Heute Donnerstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr, und die folgenden Tage Gastspiel des *Mag Walden - Ensemble* Polnische Wirtschaft. Weiterlauf an der Kasse des Schauspielhauses von Vormittags 10 Uhr (Sonntags von 11 - 2 Uhr) und Abends von 7 1/2 Uhr ab; ferner tagsüber im Verkehrs-Bureau Varasch.

Viktoria-Theater. Der vielen Fremden wegen, welche während des Maschinenmarktes hier weilten, empfiehlt es sich, um den Andrang an der Kasse zu vermeiden, Willets im Vorverkauf zu sichern. Derselbe befindet sich täglich von 8-2 Uhr im Theaterbureau und tagsüber im Verkehrs-Bureau Varasch. Die große Revue „Bei uns in Breslau“, mit dem populären Komiker Henry Bender u. c., beginnt präzis 8 Uhr. Von 7-9 Uhr findet im Garten des Stabes Koncert statt.

Konzerte der Stadttheater-Kapelle. (Schieferwerder.) Heute Donnerstag konzertiert die Stadttheater-Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Rubof Elisor im Schieferwerder. Beginn 5 Uhr. - Eintritt 25 Pf.

Reisefahrt in Breslau-Grüneise. Die glänzende Befahrung, die das Dauerringen am kommenden Sonntag sekundiert hat, garantiert der Grüneiser Reimbahn eine außerordentliche Fahrgastzahl, denn die Fahrer leisten sich im Trainng fabelhafte Beten, so daß man am Sonntag 75 bis 80 Kilometer in der Stunde erwarten kann. Das Trainng beginnt auch heute wieder um 5 Uhr.

Das Schaustiegen mit dem Flugapparat „Taube“, das für Mittwoch zum ersten Male festgesetzt war, mußte ausfallen, da der Flugapparat noch nicht fertig montiert war. Heute Nachmittag wird, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, der erste Aufstieg in Darflich erfolgen.

Vom Montag. Die Geschäftsleitung des Blumentages erucht uns um Aufnahme folgender Zellen: Die Eintrittskarten für den Lampion-Korso der Breslauer Madervereine und die Illumination der Sand- und Dominsel, Ufer, Weiden und so weiter sind zu den reservierten Plätzen auf der Späterhöhe und der Promenade von heute an auch in den Zigarren-Geschäften von Schwärze u. Müller, Jęgotz u. Co., Ullrich u. Winterfeld und den Geschäften von Jeweller Garnig und Opeler Weidrich zu 1 Mark und 50 Pfennig zu haben. Am Korso nehmen 30 bis 40 Boote, 2 Festdampfer mit Musik (Willets zu 1 Mark in der Geschäftsstelle des Blumentages im Rathaus 1. Stock), mehrere Privatdampfer und Motorboote, sämtlich mit Lampions geschmückt, teil.

Die Eintrittskarten zum Eltern-Abend der Scher-Tottenkule, der zum Besten des Breslauer Blumentages am Freitag den 19. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im großen Saale der Gesellschaft der Freunde veranstaltet wird, sind bis Donnerstag den 18. Abends, bei dem Schulbeter Trinitatisstraße 10 zu haben. - Unsere Ansichten über diese Veranstaltungen haben wir im gestrigen Blattartikel ausgesprochen.

Ein heftiger Gewitterregen ging heute Vormittag in der zwölften Stunde über die Stadt Breslau hernieder. Früh Morgens schon, wie in den letzten Tagen, war es sehr warm und schwül. Kurz nach 11 Uhr zogen ringum dunkle Gewitterwolken auf, es bligte und donnerte und große Wassermengen, zuerst vermengt mit erbsengroßen Eisküden, fielen zur Erde. Der Regen war so stark, daß der Verkehr in den Straßen stockte und die Fahrdämme zum Teil überschwemmt wurden, da die Kanäle nicht sofort das viele Wasser aufnehmen konnten. Von den Dächern der Häuser stürzte es mit voller Gewalt auf die Bürgersteige, denn die Rinnen waren bald überfüllt.

Feuer in der Wachtel'schen Maschinenfabrik. Heute früh gegen 4 1/2 Uhr bemerkte der Ruscher in der Dreherei und Schlosserei der Maschinenfabrik von D. Wachtel zwischen Bohrauer- und Pfeilsteinstraße Feuer und alarmierte sofort die Feuerweh. Als die Feuerwehr eintraf, fand sie bereits den ganzen Dachstuhl vom Feuer ergriffen, das seinen Ursprung im Kontorraum gehabt; die Ursache ist bisher noch nicht ermittelt worden. Es gelang der Feuerwehr in nicht zu langer Zeit, die Flammen Herr zu werden; das Abbläuen im einzelnen und die Aufräumungsarbeiten nahmen aber die Wehmannschaft, die um 7 Uhr von frischen Abstellungen abgelöst worden war, bis 8 1/2 Uhr in Anspruch. Im Kontorraum sind alle Pulte, Schränke, Regale und auch sonst alle Volgteile an Türen, Treppen, Maschinen und Geräten vom Feuer vernichtet worden, ferner gingen selbstverständlich alle Glasfenster in Zerstörung. Die Maschinen in der Dreherei und Schlosserei sind nur teilweise etwas beschädigt. Der Schaden ist im Verhältnis zu der großen Fabrikanlage nicht sehr bedeutend und durch Versicherung gedeckt. Auch die Betriebsförderung in dem vom Feuer heimgesuchten Teile des Fabrikbetriebes dürfte nur von sehr kurzer Dauer sein.

Selbstmordversuch. Am Mittwoch Abend gegen 12 Uhr schloß sich der Briefeur Max Sowa, Lauentienstraße 53, in einer Restauration auf der Bohrauerstraße mit einem Taschenrevolver in die rechte Schläfe. Er wurde ins Wehzei-Sande-Krankenhaus geschafft.

Umgefallen und schwer verletzt wurde am Dienstag Nachmittags die fähige Klara Seidel, Tochter des Tischlers Seidel, Friedrichstraße 61, durch einen raschfahrenen Glaswagen von der Paulstraße. Das Kind wurde auf der Reiten-Schneidnitzerstraße umgefallen und erlitt eine große Wunde am Kopfe.

Idyllischer Straßenbahnunfall. Der Destillateur Güder aus Groß-Wartenberg, der sich geschäftlich in Breslau aufhielt, verunglückte am Mittwoch idyllisch auf der Untervestfahrbahn. Er wurde von dem Motorwagen eines Straßenbahnzuges erfasst, umgefallen und zwischen Schutzbretter und Brückenbelag gequetscht. Seine Verletzungen waren so schwer, daß es auf dem Transport ins Albrechts-Hospital starb.

Von einer Prosche umgefallen und schwer verletzt wurde am Mittwoch auf dem Lauentienplatz durch eine Prosche erster Klasse der Buchdruckerlehrling Alfred Wernert, Dohsestraße Nr. 4. Er erlitt frack blühende Verletzungen an einem Bein und über einem Auge. - Über seine Verletzungen am Mittwoch auf dem Reiterberg von einem Wagen die fünfjährige Elstrie Schläwe, Neue Gasse 40. Das schwer verletzte Kind wurde zunächst in die elterliche Wohnung getragen, wo der Hebelknecht Wagner einen Oberärztlichen Bescheid erteilte.

Wem die Welt seit dem 18. d. M. der 18 Jahre alte Schüler Reich Klesler, bei den Pfeilstein-Str. Nr. 9, wohnt.

Bestanden wurden eine weiße Damenbluse, ein schwarzes Bandtäschchen, eine neue Wäscheleine, ein Vorkontrollmaß mit Inhalt, eine schwarze Damenhandtasche mit Inhalt, eine Medaille und eine Abonnementkarte für die Straßenbahn.

Neueste Nachrichten.

Wahltermins-Prophezeihungen.

Berlin, 18. Mai. Der Reichstag wird nach der „Germania“ am 2. Juni verlegt bis zum 10. Oktober und am 2. Dezember geschlossen. Die Neuwahlen finden am 17. oder 18. Januar nächsten Jahres statt. Der neue Stat wird diesem Reichstage nicht vorgelegt werden. Die 2. Beratung der Reichsverfassungsordnung wird diese Woche beendet, die dritte findet nächste Woche statt. In der nächsten Woche werden die elsaß-lothringische Verfassungsvorlage und der deutsch-schwedische Handelsvertrag beraten werden.

Der beleidigte Polizeipräsident Jagow.

Berlin, 18. Mai. Eine Beleidigung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow führte gestern den Schlosser Paul Blüthner vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I in Moabit. Den Vorfall in der Strafkammerführung der bekannte Landgerichtsdirektor Lieber. Der Angeklagte hatte, wie die zum Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit (1) erfolgte Verhandlung ergab, auf dem Heimwege von dem Begräbnisse Paul Singers Schimpfworte auf den Präsidenten fallen lassen. Das ohne nur mit drei Monaten Gefängnis gestraft werden.

Die Seide brennt!

Hannover, 18. Mai. Ein gewaltiger Heldebrand wüthete in dem heute benachbarten Hohenmoor. Mehr als tausend Morgen fielen dem wüthenden Elemente zum Opfer. Die Bewohner der umliegenden Dörfer wurden sämtlich zu dem Rettungswerte aufgeboten. Der Schaden ist ganz enorm. Er beläuft sich nach der vorläufigen und oberflächlichen Schätzung auf mehrere Hunderttausende. Es wird Brandstiftung vermutet.

„Parfival II“ verunglückt.

Bitterfeld, 18. Mai. Das Militärflugschiff „Parfival II“, das in Netz stationiert ist und sich seit einigen Wochen zur Instandsetzung auf der Werft für Luftschiffahrtzeuge befand, machte am Mittwoch Vormittag eine Werft-Rastfahrt. Diese Fahrt verlief zur allgemeinen Zufriedenheit. Am Nachmittage unternahm man wieder eine Fahrt. Gegen 6 1/2 Uhr schritt man zur Landung. Da wurde plötzlich das Luftschiff von einem heftigen Windstoße erfaßt und gegen die Wand der Halle gedrückt, so daß die Hülle einen Riß erhielt und auf eine Höhe von 20 Meter ausplachte. Das Gas entwich sofort mit großer Schnelligkeit aus der Hülle. In der Gondel befanden sich fünf Personen, ein Regierungsbaumeister, ein Fabrikingenieur, ein Oberleutnant und zwei Maschinenführer vom Luftschiff-Regiment. Der Absturz erfolgte aus 15 Meter Höhe. Der Regierungsbaumeister erlitt eine ziemlich bedeutende Anverletzung, der Oberleutnant eine unbedeutende Fleischwunde am Kopfe, die anderen kamen ohne Verletzungen davon.

100 Personen vom Dach gestürzt.

Jerusalem, 18. Mai. In der Ortschaft Meron bei Safed in der Provinz Galiläa brach das Geländer einer Dachterrasse zusammen, die anlässlich der Wallfahrt jüdischer Pilger zum Grabe des Simon Ben Jochai überfüllt war. Ueber hundert Personen stürzten in die Tiefe hinunter, von ihnen waren sieben sofort tot und über dreißig wurden in sehr schwerem Verletztem Zustande hinweggetragen.

Berlin, 18. Mai. Wie aus Rom in Togo gemeldet wird, ist dort infolge schwerer See von der vierzehn Foch langen Landungsbrücke Joch 6 bis 12 eingestürzt. Drei oder fünf Dampfstraßen sollen ins Meer gefallen sein. Das Kolonialamt hat sofort an Ort und Stelle ausführliche Nachrichten eingefordert. Mit dem Bau der anschließenden zum größten Teile eingestürzten Brücke wurde 1900 begonnen und 1904 war sie vollendet.

Dortmund, 18. Mai. Auf Joch „Lufas“ verunglückte vor einigen Tagen der Bergmann August Barth, indem ihm ein Stein auf den Kopf fiel. Dadurch erlitt Barth einen gefährlichen Schädelbruch. Barth ist nunmehr am gestrigen Nachmittage im Krankenhaus seinen furchtbaren Verletzungen erlegen.

Briefkasten

H. Mogen. Der Verband der Staats- und Gemeindearbeiter ist eine freie Gewerkschaft.

S. Stielmann. Das selbstgeschriebene und unterschriebene Testament der Eheleute ist gültig; ein Notar brauchte nicht dabei sein.

B. B. 50. 1. Auf die Zahl der Kinder kommt es nicht an. 2. Teilen Sie uns mit, wie der Mietsvertrag lautet und an welchem Tage Sie kündigen haben; wir werden Ihnen dann Näheres angeben.

7. 1. Die Altersrente wird nicht erhöht. 2. Nach Ihren Angaben liegt Beitrag vor; aber wir können Ihnen nur empfehlen, sich mit Ihrem Sohne in Güte auseinanderzusetzen.

Geweisse S. H. Wenn Sie meinen, daß die Sache für Sie so wichtig ist, müssen Sie beim Amtsgericht die Klage einreichen. Wie sind ja der Ansicht, daß man in der Regel nicht zum Richter laufen und wegen Beleidigung klagen soll.

Janusch. 1. Bei drei Kindern werden Sie um zwei Stufen ermäßigt. 2. Die Kosten für ärztliche Behandlung sind nicht abzugänglich. 3. Ja.

S. H. H. H. H. Wenden Sie sich an unsere Expedition; im reaktionellen Teile kann die Sache nicht aufgenommen werden.

Vorfall. 1. Die Steuerbeiträge sind nach § 25 des Kommunalabgabengesetzes zwei Wochen lang vor Erhebung der Steuern öffentlich auszuliegen. Wenn es die Gemeindeverwaltung beschließt, kann an Stelle der Auslegung eine besondere Benachrichtigung an jeden Steuerpflichtigen treten. 2. Eine Verneinung die Bitte für viele einzuhaben. 3. Der Steuerrekurs ist eine Lohnbeihilfeanfrage beizulegen. 4. Einen besonderen Verzugstreifen gibt es darüber nicht.

S. G. H. H. H. Die Sache eignet sich nicht zur Veröffentlichung.

S. G. H. H. H. Wenn die Miets nach Monaten bemessen ist und weder mündlich noch schriftlich über die Kündigung etwas ausgemacht wurde, wurden Sie nach am 15. Mai kündigen, um am 1. Juni auszuweichen. Der Miet muß also die Kündigung am 14. Mai erreichen.

S. S. H. H. H. 1. Der alte Vertrag gilt nur dann für die neue Wohnung, wenn das ausdrücklich vereinbart wurde. 2. Ist über die Kündigung nichts ausgemacht worden, so haben Sie, falls die Miets nach Monaten bemessen ist, monatliche Kündigung. In der Zeit vom 1. Juni bis zum 30. Juni sind die Kündigungswörter nicht anzuwenden. Am 1. Juli des nächsten Monats können Sie dann kündigen.

S. S. H. H. H. Daß die „Gewerkschaft“ den beabzweckten Lohn

nicht richtig an den festgesetzten Terminen, so kann der Dienstbote nach § 145 der Befristungsordnung den Dienst vorzeitig kündigen und am Ende des laufenden Vierteljahres verlassen. Das gilt auch in diesem Falle. Im übrigen muß ein Dienstbote alle Arbeiten verrichten, auch Steuern zu zahlen, wenn er das nötige Einkommen hat, und muß sich die Hälfte des Markengeldes abziehen lassen. Wenden Sie sich an den Amtsverwalter, wenn das nichts nützt, ans Gericht.

W. Lauentienstraße. 1. Ja. 2. Der Ehebruch wird, wenn deswegen die Ehe geschieden ist, an dem schuldigen Ehegatten und dessen Minderjährigen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. 3. Bei der Staatsanwaltschaft.

W. H. Streifenstraße. Auch für die Termine, wo nicht verhandelt wurde, werden Gerichts- und Rechtsanwaltskosten berechnet, die allerdings geringer sind.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand				
Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser				
18. 5. 1.491,09[2,45]	+0,08[8,80]	1.501,4,84[2,47]	1.501,05[5,14]	-0,98[0,88]	1,96	17. 5. 1.481,06[2,16]	-0,09[8,82]	1,48[4,00]	2,45	-	1,14	-0,98[0,92]	1,60
Wittich 11,08[0,93]	12,12	-0,42[2,46]	2,07[4,07]	2,38[3,08]	1,61[5,00]	0,14[1,88]	1,15						

* Auslieferungshöhe i. Reichsh. 8,50; für Breslau (Ober-) Hst.-Niederung 8,25.

Beziehungen der hiesigen Markt-Notierungskommission.

Ware	gute		mittlere		geringe		Sorte
	20 Hst.	19 Hst.	18 Hst.	17 Hst.	16 Hst.	15 Hst.	
Weizen, weicher	20 80	19 80	18 50	18 50	18 20	17 20	
Weizen, gelber	20 80	19 80	18 50	18 50	18 20	17 20	
Roggen	18 40	18 40	17 80	17 80	17 40	16 80	
Gerste	16 20	14 80	14 80	14 80	14 20	13 20	
Hafer	17 40	16 70	16 60	16 10	16 10	15 50	
Victoria-Ärben	23 20	22 20	21 20	20 20	19 20	18 20	
Erbsen	18 80	19 20	17 80	16 80	15 20	14 80	

500 per 100 Hst. 6.60-6.80 Hst.
Sachtr. der 100 Hst. 4.30-4.60 Hst.
Sachtr. der 100 Hst. 2.70-2.10 Hst.
Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig per 100 Hst. inkl. Sach brutto, Weizenmehl 00 ruhig 26.70-26.20 Hst., Roggenmehl 00 ruhig 24.00 bis 24.50 Hst., Roggen-Gaurobade ruhig 25.50-24.00 Hst., Roggen-Suttermehl feiner 11.00-11.50 Hst., Weizenmehl feiner 10.50-11.00 Hst.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 18. Mai:
Bäcker-Versammlung, Nachmittags 3 Uhr, im Saale.
Prang'scher Unterricht, Abends Punkt 8 Uhr im Billard-Zimmer.
Töpfer-Versammlung im Zimmer 2.
Feiger- und Feierer, Versammlung im Zimmer 3.
Lilienthal'scher Sozialdemokratischer Verein, Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 19. Mai:
Arbeiter-Vertreter-Versammlung im Zimmer 1.
Sonntag, den 20. Mai:
Transportarbeiter-Verband, Matrkänzchen.
Sattmacher-Verband, Versammlung im Zimmer 2.
Sonntag, den 21. Mai:
Isolierte-Versammlung um 10 Uhr im Billardzimmer.
Kauschschläger, Versammlung 10 1/2 Uhr im Zimmer 1.
Schiffzimmerer-Versammlung um 4 Uhr im Zimmer 2.
Steinarbeiter, Vormittags 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7
Freitag.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Freitag, den 19. Mai, in allen Distrikten und Bezirken der Stadt Breslau. Das Material wird Abends von 6 Uhr an in den Distriktslokale ausgegeben.

Distrikt 9.
Sonntag, den 20. Mai: Matrkänzchen im Bergkeller mit großen Darbietungen und Lieberausgaben. Gäste aus anderen Distrikten willkommen. Das Festkomitee.

Distrikt 10 (Saubler).
Auf Wunsch vieler Mitglieder veranstaltet der Distrikt 10 Sonntag, den 20. Mai, im Stabesrestaurant „Deutsche Krone“, Weinstraße 59/63, ein Matrkänzchen (Garten-Konzert, Vorträge, Tanz usw.). Anfang 7 1/2 Uhr. Eingeladen sind die Mitglieder des Distrikts und der umliegenden Distrikte. Eintritt mit Steuer für Herren 40, Damen 30 Pf.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 10 (Bezirk Domslau und Anlegnis).
Sonntag, den 21. Mai, Nachmittags 6 Uhr, Mitgliederversammlung im bekannten Lokale. Reiner feierl.

Land-Distrikt 15 (Schönau).
Donnerstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Winder in Klein-Schönau. Tagesordnung: 1. Die Zusammenfügung der Parteien im Reichstage. 2. Die Regelung der Parteiverhältnisse im Distrikt 15. 3. Vereinstangelegenheiten. Die Mitglieder des Arbeiter-Verbandsvereins werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Aus der Geschäftswelt.

Eine glänzende Veranstaltung bereitet das hiesige Kaufhaus R. Schneider zum nächsten Montag am Sonntagabend vor. Das das Haus selbst im Schmide der Marguerite prangt, das eine Anzahl Artikel speziell für den Margueritentag hergestellt werden (Zufahrtbücher, Quittungen usw.), das das Personal im Hofraum dem Charakter des Tages Rechnung trägt, das die 18 Sausenmeter der beiden Geschäfte der Schöneberg der Dekorationen sind -- das alles verheißt für die R. Schneider von selbst. Die Firma ist aber noch weiter gegangen: Am Sonntagabend Nachmittags 5 Uhr werden erste Breslauer Künstler in dem zu diesem Zweck in einen Hof- und Grillraum umgewandelten besten Hofraum ein ausserordentliches Programm zu Gebote bringen. Das sind die Damen Mac Graw, Weller, Adery, Reich und die Herren Witzelkop, Schubert und Robert Müller nebst Pauline Schwanke, welche letztere beide wohl hier zum letzten Male vor ihrem Abschied von Breslau mit aussergewöhnlichen Festlichkeiten vor das Publikum treten dürften. Weiter hat Schneider den Feiern ein besonderes Interesse beigemessen, und auch Herr Schneider hat seine Unterstützung ausgedehnt. Die künstlerische Begleitung am Flügel, der von der Firma Seidler u. Co. gestellt wird, hat Herr Kapellmeister Kipper übernommen. Der Erfolg der ganzen Veranstaltung wird ohne jeden Abzug dem Unternehmen zugerechnet werden. Um der Öffentlichkeit einen Einblick in den Hofraum zu lassen, wird die Firma R. Schneider schon jetzt (an der Kasse 2) Befragungen auf referierte Karte an.

B. Durra, ...

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Abnahme empfanglich.

Abzahlungsgeschäfte ... Adolf Schröter

Alkoholfreie Getränke = Bilz-Sinalco =

Bäckereien und Konditoreien ... Berger, Friedr.

Färbererei u. Wäscherei ... Kelling, W.

Fische u. Delikatessen ... Kelling, W.

Fleischeren u. Wurstfabriken ... Kelling, W.

Badeanstalten ... Kelling, W.

Bandagisten ... Kelling, W.

Berufskleidung ... Kelling, W.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger ... Kelling, W.

Brauerei ... Kelling, W.

Brot-, Nudeln-Brauerei ... Kelling, W.

Brauerei ... Kelling, W.

Brauerei ... Kelling, W.

Brauerei ... Kelling, W.

Brauerei ... Kelling, W.

Brauerei ... Kelling, W.

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Fahrräder, Nähmaschinen ... Schmidt, Alfons

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Byzantinische Artikel ... M. Schröpel

Freitag, den 19. Mai 1911.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung. Mittwoch, den 17. Mai, Mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Feuerbestattung.

Feuerbestattung.

Abg. v. Nitzsche (kon.): Die Mehrheit meiner politischen Freunde hält an dem Standpunkt fest, dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. Die Kommission hat ja versucht, Ventile zu schaffen für diejenigen, die an sich nicht Gegner der Leichenverbrennung sind. (Große Unruhe links. Zurufe: Feuerbestattung!) Jamohl! Leichenverbrennung! Soll ich die Ausdrücke der „Flamme“ anwenden, die davon spricht, daß die Feuerbestattung wieder zum Feuer wird? (Abg. Hoffmann (Soz.): Dazu muß eine Seele vorhanden sein!) Der Abg. Hoffmann ist nicht zuständig, um darüber zu entscheiden, ob eine Seele vorhanden ist oder nicht. (Beifall rechts.) Die Regierung, die früher gegen die Feuerbestattung war, begründet den Wechsel in ihrer Haltung damit, daß ja auch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich im vorigen Jahre für die fakultative Feuerbestattung ausgesprochen habe. Ich kann nicht anerkennen, daß die Majorität im vorigen Jahre ihren alten Standpunkt verlassen hat; es handelte sich im vorigen Jahre nur um eine Petition, bei deren Abstimmung wohl niemand eine so bedeutungsvolle Frage enthielt. Die von meinen Freunden geltend gemachten Gesichtspunkte sind nicht durch den Rat der Mehrheit bestätigt worden, weder nach der kriminalistischen Seite hin, noch in Bezug auf die Aufrechterhaltung der christlichen Sitten. Die Regierung hat früher auch immer betont, daß bei Einführung der Leichenverbrennung auch die Obduktion der Leichen notwendig sei. Wir haben den Standpunkt eingenommen, den die Regierung früher selbst vertreten hat. Die Mehrheit meiner Freunde ist auch der Meinung, daß die Leichenverbrennung mit der christlichen Sitten nicht vereinbar ist. Dabei betone ich gleich, daß ich mit vielen anderen, die auf positiv christlichem Boden stehen, der Ansicht bin, daß auch die Leichenverbrennung keineswegs dem christlich positiven Auferstehungs-glauben widerspricht. (Ma also! links.) Etwas anderes ist es aber, ob durch die Leichenverbrennung die christliche Sitten verletzt. Das ist aber sicher der Fall. Die fakultative Feuerbestattung wäre nur der erste Schritt, um zur obligatorischen Feuerbestattung überzugehen. (Wohhafter Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.) Es ist unstrittig, daß die Hauptverfechter der Feuerbestattung nicht auf positiv christlichem Boden stehen, sondern ein Sammelurium von monistischer und phantastisch-antichristlicher Auffassung darstellen. Uns ist die Feuerbestattung eine heilige, christliche Sitten, wir denken dabei an den biblischen Vergleich vom Samen Korn, das in die Erde verstreut wird. Die Friedhöfe haben eine große Bedeutung zur Aufrechterhaltung der Pietät. (Sehr richtig! rechts.) Wir geben nicht nach, sondern echt konservativer Gesinnung Ausdruck, wenn wir nicht die Hand bieten zu einem Bruch mit der alten christlichen Sitten. Ich bitte Sie namens meiner Freunde, an dem alten Standpunkt der Mehrheit festzuhalten und den Gesetzentwurf abzulehnen. (Lebh. Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Krause-Königsberg (natl.):

Ich werde in meinen Ausführungen nicht Ausdrücke wählen, die geeignet sind, die Gefühle Andersdenkender zu verletzen. Ich will nicht behaupten, daß der Vordränger den Ausdruck „Leichenverbrennung“ gewählt hat, um damit die Gefühle Andersdenkender zu verletzen. Diese Wirkung hatte aber sein Ausdruck, der nicht einmal das Wesen der Feuerbestattung trifft. (Sehr richtig! links.) Die Zulassung der fakultativen Feuerbestattung entspricht einfach unserem geltenden Recht nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts. Was nicht verboten ist, ist doch erlaubt, solange nicht irgendwelche Angriffe auf die Rechtsordnung erfolgen. Wenn dieses Gesetz nicht zustande kommt, dann ist die Mehrheit meiner Freunde dafür, daß die Verwaltungsbehörden angewiesen werden, der Feuerbestattung nicht hindernd in den Weg zu treten. Der Vordränger meinte unter dem Beifall der Mehrheit, wir wollten die fakultative Feuerbestattung nur als ersten Schritt zur obligatorischen, so kann solche Meinung nur bei denen aufkommen, die selbst intolerant sind. Mit aller Bestimmtheit kann ich erklären, daß niemand daran denkt, jemals die Leichenverbrennung zu verbieten. Ein großer Teil der Freunde der Vorlage gehört gar nicht zu den Anhängern der Feuerbestattung, ich persönlich auch nicht. Wir wollen aber nicht den Anhängern der Feuerbestattung in den Arm fallen. Im Staate Friedrichs des Großen, wo jeder nach seiner Façon selig werden soll, sollte man doch auch den Leichbegleitern nach ihrem Willen bestatten lassen. Der Sitten der Verwesung des Leibes ist ja auch die christliche Kirche nicht treu geblieben. Zahlreiche Leichen werden doch in Gräben vergraben, um zu mumifizieren oder sie werden einbalsamiert. Es ist ein Gebot der Toleranz, daß Sie dem Gesetzentwurf zustimmen und den Kreisen, die einer anderen Sitten huldigen wie Sie selbst, nicht den Weg versperren. (Beifall links.)

Abg. Müller-Roblenz (Zentr.):

Die Entlassung des Vordrängers über den Ausdruck „Leichenverbrennung“ ist mir nicht recht verständlich, denn dieses Wort nennt das Kind beim rechten Namen, während „Feuerbestattung“ nicht der richtige Ausdruck ist. Man kann doch nur von Leichenverbrennung und Bestattung der Aische reden. (Sehr richtig! im Zentr.) In der Kommission hat die andere Seite auch nicht die Gefühle der Andersdenkenden geschont, man sprach von „schamlosem Vortreiben der anderen Richtung“ (Sehr wahr! links.), von der „Prosa der Leichenverbrennung“ und „Poesie der Feuerbestattung“, ja man sprach das stolze Wort aus: „Kulturträger“, obwohl das Wort durch die letzte Wahlvorlage etwas an Klang verloren hat. (Sehr richtig! im Zentr.) Wir sind gegen die Leichenverbrennung, erstens weil die gewalttätige Fortleitung des menschlichen Leichnams dem natürlichen Gefühl widerspricht, zweitens weil sie mit der altertümlichen, durch die kirchliche Lehre geheiligten christlichen Sitten im Widerspruch steht und das Empfinden des gläubigen, schriftlichen Volkes schwer verletzt. (Sehr richtig! im Zentr.) Drittens weil diese Verletzung noch durch den Umstand gesteigert wird, daß die ganze Bewegung von Anfang an eine dem Christentum feindselige Tendenz hat. (Sehr richtig! im Zentr.) Viertens weil die Leichenverbrennung jede nachträgliche Feststellung von Verbrechen unmöglich macht. Viele moderne Männer sind gegen die Leichenverbrennung, wie Johannes Trojan und andere. (Zuruf: Sie können sich möglichst gleich begaben lassen. — Große Unruhe. — Präsident v. Kröcher: Der Zwischenruf ist durchaus ungehörig. — Sehr richtig! rechts.) Die eifrigsten Anhänger der Feuerbestattung sind Freimaurer und Sozialdemokraten. Daraus ergibt sich schon der christentumsfeindliche Charakter der Bewegung. Der gegen uns gerichtete Vorwurf der Intoleranz ist ganz unzutreffend, eher könnten wir von einer Intoleranz derjenigen sprechen, die die Errichtung von Krematorien auf denjenigen auferlegen wollen, die gegen die Feuerbestattung sind. Der Wechsel in der Haltung der Regierung ist durch keine schmerzlichen Bedenken zu erklären. (Sehr richtig! im Zentr.) Wenn es gilt, den christlichen Geist zu verletzen, wie bei den Fortschrittsgelehrten, dann verzieht die Regierung. Sie gibt dem liberalen Brand noch und läßt Wunden der Menschheit

parieren unberücksichtigt. (Lebh. Beifall rechts und im Ztr.) Gerade die Sozialdemokraten sollten sich auf unsern Standpunkt stellen, denn die Leichenverbrennung können sich bisher nur die reichen Leute leisten. (Lebh. lärmender Beifall rechts und b. Ztr. Bischen links.)

Minister v. Dallwitz:

Die Regierung ist zu der Vorlage veranlaßt worden zunächst durch das Oberverwaltungsgericht vom Jahre 1907, das ausdrücklich den Rechtsatz aufstellt, daß ein Verbot der Leichenverbrennung in Preußen nicht existiert. Ferner kamen die Beschlüsse des Abgeordnet und Herrenhauses zur Feuerbestattung in Betracht. (Rufe rechts und im Ztr.: „Ach!“) Diese Beschlüsse waren zwar keineswegs allein bestimmend für die Regierung, aber doch ein Anlaß, der Frage nachzugehen, ob nicht doch Gesichtspunkte im Laufe der Jahre sich geklärt haben, die es zweckmäßig erscheinen lassen nunmehr eine Regelung vorzunehmen, die früher von der Regierung abgelehnt worden ist. Zu diesen Gesichtspunkten gehörte ein großer Teil der kriminalistischen Bedenken. Es ist die Möglichkeit gegeben, viele Bedenken auf ein Minimum durch die in der Vorlage enthaltenen Kautelen zu beschränken. Maßgebend für die Regierung war aber die Tatsache, daß die Zahl der Krematorien sich an der preussischen Grenze in den letzten vier, fünf Jahren ganz außerordentlich vermehrt haben (Sehr richtig! links.) und daß jeder wohlhabende Preuze sich verbrennen lassen kann, ohne daß dabei die der Vorlage enthaltenen Kautelen gewahrt werden. Die Regierung würde trotz der veränderten Verhältnisse nicht daran gedacht haben, eine derartige Vorlage zu machen, wenn sie der Ansicht gewesen wäre, daß dadurch irgend eine Schwächung der religiösen Anschauungen in unserem Volke herbeigeführt werden könnte, oder daß die berechtigten Empfindungen weiterer christlicher Volksteile durch die Vorlage verletzt werden könnten. Die Vorlage will nur unter voller Wahrung und Aufrechterhaltung der alten christlichen Sitten der Erdebestattung anderen, die an dieser Sitten nicht festhalten wollen, die Freiheit geben, die Feuerbestattung zu wählen, und zwar lediglich für die Fälle, in denen der Verstorbene ausdrücklich seinen Willen, in dieser Weise bestattet zu werden, zum Ausdruck gebracht hat. Es ist lediglich ein Gebot der Willigkeit gegenüber Andersdenkenden, daß man ihnen gegenüber nicht einen Zwang aufrechterhält. Die Regierung ist nur aus dem Gesichtspunkt der Toleranz zu der Vorlage gekommen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Schröd (freikon.): Ein großer Teil meiner Freunde sind nicht Anhänger der Feuerbestattung, sie stimmen aber für die Vorlage aus Gründen der Toleranz.

Abg. Strejnski (Pol.): Erklärt kurz namens seiner Freunde, daß sie aus den schon bei der ersten Lesung angeführten Gründen gegen die Vorlage stimmen werden.

Abg. Dr. Bahmcke (Sp.): Die hier vorgebrachten Einwände wären nur begründet, wenn es sich um die obligatorische Feuerbestattung handeln würde. Uns liegt aber nichts ferner, als einen Zwang ausüben zu wollen. Nach religiöser, hygienischer, ärztlicher und kriminalistischer Seite hin sind die Einwände gegen die Feuerbestattung beseitigt. Die Pläne auf den Friedhöfen werden jetzt auch vielfach nur auf verhältnismäßig wenige Jahre reserviert, nur daß der Spruch: man schlummert ungestört der Ewigkeit entgegen, recht wenig Berechtigung hat. Wegen der Wichtigkeit der Vorlage beantrage ich namentliche Abstimmung über den § 1.

Abg. Dr. Weß (Zentrum): Man soll denn doch hier nicht immer die Toleranz im Munde führen. Toleranz ist ein Schlagwort. (Lebhafte Zurufe links.) Das Wort Feuerbestattung hat gar keine sprachliche Berechtigung. Die Vorlage ist nur die Einlösung eines Versprechens des früheren Ministerpräsidenten aus der Zeit, als hier eine andere Koalition bestand. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, Widerspruch links.) Was haben Sie denn in Norderey verhandelt? Es hat sich in der Sache nichts geändert, nur die Auffassung der Regierung mit Rücksicht auf die liberalen Forderungen. (Zuruf links: die Regierung ist klüger geworden.) Wenn also die Regierung liberale Forderungen erfüllt, dann wird sie klüger! (Stürmische Zurufe links.) Nicht wir sind intolerant. Das Ziel bei den Anhängern der Feuerbestattung ist die obligatorische Leichenverbrennung. (Zuruf links.) Wir sagen: principis obsta. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Justizminister Dr. Weseler: Die kriminalistischen Bedenken haben wir nicht leicht genommen, sondern sehr eingehend geprüft. Mit voller Unbesonnenheit bin ich an die Prüfung der Frage herangetreten mit dem Ziele, daß Garantien geschaffen werden, damit die Strafrechtspflege nicht leidet. Die Vorlage, wie sie gestaltet ist, bietet Gewähr, daß nicht ein Nord infolge der Feuerbestattung ungesühnt bleibt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Auch ich meine, man sollte nicht so zimperlich sein und zurücktreten, wenn das Wort „Leichenverbrennung“ gebraucht wird. Bei der Mehrheit wird dieses Wort mit einer gewissen Achtung gebraucht. Ich habe den Kommissionsverhandlungen beigewohnt, wenn auch nur als Zuhörer (Beifall rechts) und da sprach die Mehrheit von „Leichenbrand“, „Leichenbrennen“ usw. Es herrscht bei Ihnen die Tendenz, die Feuerbestattung durch solche Ausdrücke dem Volke zu verfehlen. (Sehr richtig! links.) Das Zentrum denkt doch nicht so zimperlich über die Verbrennung, wenn es sich um die früher so häufig vorgekommene Verbrennung von Lebendigen handelt. Wenn der Abg. Müller ausführt, daß die Sozialdemokratie gemeinsam mit Freimaurern und Freidenkern an der Spitze der Feuerbestattungsbewegung steht, so betone ich demgegenüber, wie ich das schon bei der ersten Lesung getan habe, daß nie und an keiner Stelle die Sozialdemokratie die Feuerbestattung zu einer prinzipiellen Frage gemacht hat. Wir sind aber immer dafür gewesen, daß auch denen, die sich verbrennen lassen wollen, ebenso Rechnung getragen wird, wie denen, die der Erdebestattung anhängen. Wie können Sie gegen die Bewilligung von Mitteln für die Errichtung von Krematorien etwas haben, während doch auch die Friedhöfe aus allgemeinen Mitteln errichtet werden. Wenn Abg. Müller meint, die Krematorien sollten nur von der Feuerbestattungsvereinen selbst bezahlt werden, so lasse sich darüber reden, aber wir wollen doch weiter gehen und dann sagen, daß auch für den Bau von Kirchen und die Befolgung von Geisteslichen usw. nur diejenigen zahlen sollen, die daran ein Interesse haben, nicht die Allgemeinheit. Herr Müller-Roblenz hat heute sehr schlechte Worte gemacht.

Präsident v. Kröcher: Sie dürfen wohl sagen, daß ein Mitglied Worte gemacht hat, aber nicht, daß er schlechte Worte gemacht hat. (Beifall rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich bin dem Präsidenten konform und hoffe, daß ich in Zukunft den selben Schritt gehe. Herr Müller hat gesagt, daß Manen sich auch Menschen finden, die sich in Spiritus setzen lassen wollen. Ich überlasse es Ihnen, zu sagen, welche Sorte Witz das gewesen ist. Es handelt sich dabei doch nur darum, der Bevölkerung die Feuerbestattung so geschmacklos wie möglich zu machen. Die Regierung hat mit ihrer Vorlage wohl weniger der Linken einen Gefallen tun wollen, sie ist dazu nur gekommen, weil jetzt an den Grenzen Preußens schon nahezu 30 Krematorien bestehen und die Regierung nicht weiterhine vorwärts als bei 100 Krematorien zu warten wünschte.

Präsident v. Kröcher: Sie dürfen nicht sagen, daß die Regierung den Sozialdemokraten

Abg. Hoffmann (Soz.): Im Interesse der Kirche würde es auch liegen, wenn Sie (zum Zentrum) den Widerstand gegen die Feuerbestattung aufgaben. Sie sind ja sonst mit der Anpassungstheorie immer noch zurecht gekommen. Dismal schelten Sie aber wirklich den Anschlag zu verpassen. Dabei lassen sich viele Fälle nachweisen, daß in früheren Jahren sehr schlimme Katastrophen unter der Aufsicht katholischer Geistlichen sich verbrennen ließen. Italien, ein durch und durch katholisches Land, hat etwa 30 Krematorien. In Mailand allein drei. Es ist auch nicht richtig, wenn Sie die Bewegung für die Feuerbestattung wieder auf das Konto der Sozialdemokratie setzen wollen. Wir sind ja schon daran gewöhnt, daß wir mit allem schuld sein sollen, wenn es regnet oder nicht regnet, oder wenn die Kartoffeln schlecht sind. (Beifall rechts.) Die Feuerbestattung ist aber schon propagiert worden zu einer Zeit, als an die Sozialdemokratie noch nicht zu denken war und von denen, die nicht in den Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung kommen konnten, beispielsweise vom dem Marquard, den Sie Friedrich den Großen nennen. Auch die Lantio dieses Monats, die Markgräfin von Bayreuth, hat sich verbrennen lassen. Bedenken Sie doch nicht davon, daß die Verbrennung gegen die Pietät verstößt. Man bemüht in Deutschland sogar Leichen als Zielobjekte für die neuen Geheime der Soldaten. Das Oberverwaltungsgericht hat Klipp und Klar ausgesprochen, daß die Leichenverbrennung in Preußen nicht gesetzlich verboten ist. Wenn das Gesetz nicht zustande kommt, dann ist die Regierung geradezu verpflichtet, die Materie mittels Verordnungen zu regeln, so wenig ich sonst ein Freund von Verordnungen bin. Die Regierung befindet sich einfach in einer Zwangslage. Die katholische Kirche kann auch anders. Es ist nachgewiesen, daß ein frommer, streng katholischer Arbeiter in Wien der Kirche 100.000 Gulden vermacht unter der Bedingung, daß sein Leichnam in Gotthard verbrannt und die Asche in den Wiener Conventkirche beigesetzt würde, daß ferner ein katholischer Geistlicher bei der Verbrennung die Grabrede halte. Diese Bedingungen sind vollständig erfüllt worden. (Zuruf, Beifall links.) In der Kommission sind von der Mehrheit Anträge gestellt worden, die sogar den Regierungsvordränger zu der Auffassung veranlaßten, Sie wollten durch eine Interimslösung das Gesetz wieder aufheben. Wären Ihre Vorschläge erfüllt worden, dann würde das Gesetz einfach lauten: Die Leichenverbrennung ist in Preußen gestattet, die Genehmigung aber von der Ortsbehörde des Orts zu verlangen. (Beifall rechts.) Wir werden für die Vorlage stimmen, wenn sie uns auch nicht genügt. Wenn Sie (zur Rechten) die Vorlage ablehnen, so wird das nicht unser Schaden sein. (Wohhafter Beifall.)

Präsident v. Kröcher schließt die Beratung der Beratung ab.

Abg. Wente (Dpt.) erklärt persönlich, daß er mit seinen burschlosigen Bemerkungen vom „Begraben lassen“ den Abg. Müller nicht habe persönlich treffen wollen. (Die Abgg. Wente (Sp.) und Müller-Roblenz (Zentr.) reichen sich zur Veröhnung die Hand.) Das Haus vertagt sich. Donnerstag 12 Uhr Fortsetzung. Schluß 3/4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

177. Sitzung. Mittwoch, den 17. Mai, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung der

Reichsversicherungsordnung.

Die Beratung wird fortgesetzt beim § 609a. Nach diesem Paragraphe kann der Vorstand der Berufsgenossenschaft Betriebsunternehmer, die keiner besonderen Unfallgefahr unterliegen, für versicherungsfrei erklären. Ein sozialdemokratischer Antrag will „beitragsfrei“ statt „versicherungsfrei“ setzen.

Abg. Busold (Soz.): Den kleinen Handwerkern geht es oft schlechter als dem Arbeiter; aber der kleine Handwerker heuchelt in seinem äußeren Auftreten eine gewisse Wohlhabenheit, weil er sonst in der bürgerlichen Gesellschaft keine Stellung nicht behaupten kann. Wenn ein solcher Mann verunglückt, und er ist nicht versichert, so steht er ganz hilflos da. Mit der Befreiung von der Versicherung erweist man diesen Leuten keine Wohlthat, wohl aber mit der Befreiung von der Beitragspflicht, wie es unser Antrag will.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. § 672a gibt die Möglichkeit, durch Zahlung zu bestimmen, daß die freiwillige Versicherung außer Kraft tritt, wenn der Beitrag „nicht rechtzeitig“ bezahlt worden ist. Ein sozialdemokratischer Antrag will statt „nicht rechtzeitig“ setzen: „auch wiederholter Mahnung nicht“.

Abg. Albrecht (Soz.): Diesen Antrag werden Sie wohl annehmen; es handelt sich ja nur bei diesen freiwillig versicherten um Ihre Leute, am den Keinen Mittelstand.

Diese kleinen Handwerker könnten aber, wenn die Kommissionsfassung Gesetz wird, sehr leicht ihre wohlverdienenden Rechte verlieren. (Während der Rede des Abg. Albrecht wird eine Frau, die von der Tribüne herab in den Saal hinuntergestiegen hatte, hinausgewiesen, und, da sie nicht gutwillig geht, von mehreren Dienern mit Gewalt hinausgebracht, wobei sie laut schreiend heftigen Widerstand leistet. Auf dem Korridor verkrampft sie in Schrekrämpfe.)

Abg. Jasi (Zentr.): Den Antrag in seinem Wortlaut können wir nicht annehmen, denn „wiederholte“ Mahnungen hatten wir nicht für angebracht.

Der Antrag Albrecht wird mit Ausnahme des Wortes „wiederholte“ angenommen.

In § 577 will ein Antrag Albrecht (Soz.), daß die Bestimmungen der Unfallversicherung nicht erst vom Beginn der 14. Woche an, sondern vom Tage des Unfalls an zu leisten sind.

Abg. Büchner (Soz.): Unser Antrag liegt im Interesse der Krankentassen, die jetzt während der ersten 14 Wochen eintreten müssen. Die Unfallgefahren in der Industrie sind erschreckend groß und es liegt im Interesse der Berufsgenossenschaften und der Berufsgenossenschaften, daß die Verletzten sofort in die Unfallbehandlung kommen, die keineswegs, bei der weit gestiegerten Spezialisierung von jedem Arzt so ausgeübt werden kann, wie vor den Zeiten der Berufsgenossenschaften. Die Unfallversicherung liegt im Interesse der Unternehmer und es ist ein Unrecht, daß der Arbeiter 1/2 zu zahlen und dann noch 18 Wochen auf die Leistungen der Versicherung warten muß. (Bravo! l. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

In § 673 will ein Antrag Albrecht die Höchrente dem vollen Jahrearbeitsverdienst gleich setzen statt 2/3, wie es die Vorlage tut.

Abg. Schumann-Wiesbaden (Soz.): Die Vorlage geht von der Ansicht aus, daß der Arbeiter mit 2/3 seines Verdienstes auskommen kann. Diese Voraussetzung ist falsch angesichts der ständig steigenden Lebensmittelpreise. Die Kommission hat unseren Antrag abgelehnt, weil sie die Regierung gegen uns ausgesprochen hat. So versucht man sich immer auf die Regierung, wenn man sich schäme einzusetzen, daß man etwas abgeben will. Bei der Finanzreform und der Wirtschaftsprüfung waren die Wünsche der Regierung dem Parlament sehr entgegen. (Zuruf: Bravo! l. d. Soz.) Der Antrag wird abgelehnt.

§ 581 lautet: „Sollte der Verletzte infolge des Unfalls unverschuldet arbeitslos ist, kann die Genossenschaft auf Zeit die Rente bis zur Vollrente erhöhen.“ Ein Antrag Albrecht (Soz.) will „muss“ statt „kann“ setzen und die Worte „auf Zeit“ streichen.

Abg. Busold (Soz.): Bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit infolge eines Unfalls sollte man den Verletzten nicht von der Gnade des Vorstandes der Berufsgenossenschaft abhängig machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 584 legt der Berechnung der Rente den Jahresarbeitsverdienst zu Grunde, der über 1800 Mark betragende Teil soll jedoch nur mit einem Drittel angerechnet werden. Ein Antrag Albrecht will diese einschränkende Bestimmung streichen.

Abg. Wollenbühr (Soz.): Sie haben Betriebsbeamte mit Gehältern bis zu 5000 Mark unfallversicherungspflichtig gemacht. Die Rente dieser Personen wird aber erheblich herabgesetzt, wenn man das Einkommen über 1800 Mark nur zu einem Drittel anrechnet. Unser Antrag liegt vor allem im Interesse der Privatbeamten. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Sachse (Soz.): begründet einen Antrag auf Einfügung eines neuen § 584a: Ist die Rente bei Lehrlingen und Arbeitern unter 25 Jahren nach einem geringeren Betrag bemessen, als der Jahresarbeitsverdienst derjenigen Arbeiterkategorie, in die der Betroffene bei regelrechtem Gang aufgerückt wäre, wenn ihm kein Unfall zugestoßen wäre, so ist deren Rente von 3 zu 9 Jahren zuletzt nach vollendetem 25. Lebensjahre entsprechend zu erhöhen.“ Dieser Antrag soll dem Uebelstand abhelfen, daß ein in jungen Jahren Verunglückter zeitweilig dieselbe kleine Rente bezieht.

Abg. Bus (Soz.): Zahlreiche Petitionen von Privatbeamten haben das verlangt, was wir zu § 584 beantragen. Bleibt es beim Kommissionsbeschluss, so würde beispielsweise ein Beamter mit 2600 Mk. Gehalt nur 1600 Mk. Rente haben und stünde dann schlechter wie jetzt, wo ihm aus Grund des Vorkausungsatzes der volle Schaden ersetzt werden darf. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Die Regierungsvorlage setzte die Grenze auf 1500 Mk. fest. Die Kommission ging auf 1800 Mk. hinauf. Den Unternehmern wird durch die Reichsversicherungsordnung sozial an Lasten auferlegt, daß wir vor einzelnen Parteien nicht zurücktreten dürfen.

Abg. Gue (Soz.): Ich wiederhole, daß es sich hier um Leute handelt, die nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung schlechter gestellt sein werden als bisher.

Die Anträge werden abgelehnt.

Die Sozialdemokraten beantragen die Einfügung eines neuen § 592 a mit folgendem Wortlaut: „Für Rentenempfänger ist der Jahresarbeitsverdienst, der der Berechnung der Rente zu Grunde gelegt worden ist, nach je 10 Jahren in dem Verhältnis, in dem der Durchschnittslohn nach der Aufstellung der Berufsgenossenschaften gestiegen ist, zu erhöhen. Hiernach ist dann der Betrag der Rente neu festzusetzen.“

Abg. Jubeil (Soz.): Die Berechtigung unseres Antrages ist einmal begründet in den steigenden Lebensmittelpreisen, dann aber auch in der geradezu grauenhaften Steigerung der Unfälle, die eine furchtbare Anlage gegen die bürgerliche Gesellschaft bedeutet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist direkt unwahr, daß unser Antrag eine unerträgliche Belastung der Berufsgenossenschaften zur Folge haben würde. Aber das Zentrum verteidigt sich hinter diesem fadenheimigen Vorwand. Menschlichkeit und Gerechtigkeit erfordern die Annahme unseres Antrages. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Dr. Semler (natl.) und Ministerialdirektor Caspar bekämpfen den Antrag, der alsdann abgelehnt wird.

§ 593 bestimmt, daß ein Unfallverletzter kein Krankengeld erhält, wenn er sich den Unfall beim Begehen eines Verbrechens oder vorzüglichem Vergehens zugezogen hat.

Abg. Gue (Soz.): Wir beantragen hier ausdrücklich die Zugunahme auf § 576 einzufügen, wonach die Verletzung bergpolizeilicher Vorschriften nicht als Vergehen im Sinne dieses Paragraphen gilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

§ 607 bestimmt, daß

die Rente für die Witwe

and jedes Kind bis zum vollendeten 15. Jahre ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt, für ein uneheliches Kind jedoch nur soweit der Verstorbene ihm nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährte. Nach § 608 erhält die Witwe, die wieder heiratet, drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung. § 609 bestimmt, daß die Witwe keinen Anspruch hat, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen wird. Nach § 612 erhalten Verwandte ansteigender Linie, die der Verstorbene unterhalten hat, eine Rente von zusammen einem Fünftel des Jahresverdienstes, ebenso nach § 613 elternlose Enkel des Verstorbenen. Nach § 614 dürfen die Renten verstorbenen zusammen drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen.

Abg. Kunert (Soz.): Wir haben hierzu eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die dem fortgeschrittenen Sozialempfinden unserer Zeit entsprechen. Wir beantragen die Erhöhung der Renten- und Kinderrente auf $\frac{1}{2}$. Wir beantragen ferner, daß der Witwe als Abfindung der volle Arbeitsverdienst gewährt wird. Im § 612 beantragen wir weiter, die Einschränkung der Rente auf Verwandte ansteigender Linie, zu deren Unterhalt der Verstorbene verpflichtet war, zu streichen. Mit ein paar dürftigen Almosen weiß man die Hinterbliebenen der auf dem Schlachtfeld der Arbeit Gefallenen ab. Wie soll eine Arbeiterwitwe mit diesen Beträgen ihren Haushalt aufrecht erhalten können? Sollen immer mehr Kinder der Hungergeizhung anheimfallen? Solche Renten sind der beste Schutz gegen die Verarmung zahlreicher Arbeiterkinder. (Beifall b. d. Soz.)

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt.

§ 614a bestimmt, daß die Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit des Unfalls nicht dauernd im Inland aufhielten, keinen Anspruch auf Rente haben. Für Grenzgebiete oder Angehörige solcher ausländischen Staaten, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter deutscher Gewerkschaften, kann der Bundesrat diese Bestimmung ausschließen. Die Sozialdemokraten beantragen diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): In keinem Lande werden sozial Ausländer beschäftigt, als in Deutschland. In der Landwirtschaft werden 500 000 ausländische Arbeiter beschäftigt. Demnach ist ein solcher ausländischer Arbeiter durch Verschulden des Unternehmers, so hat er keinen Anspruch auf Unterstützung. Damit verliert die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft den Anreiz zum Erlaß von Unfallversicherungsvorschriften und die Landwirte erhalten einen Anreiz, immer mehr Ausländer zu beschäftigen. Auch im Bergbau sind viele Ausländer beschäftigt. Beim Kohlenbergbau wurden 3 Ausländer getötet, deren Hinterbliebenen keinen Anspruch auf Rente hatten. Das ist eine große Härte und daher haben wir unseren Antrag gestellt.

Sollten Sie unseren Antrag ablehnen, so sollten Sie wenigstens die Ausländer durch einmalige Zahlung im dreifachen Betrag der Jahresrente abfinden.

Abg. Dr. Neumann-Sofex (Op.) befürwortet die Kommissionsfassung.

Abg. Korfantsch (Pole): Die Kommissionsbeschlüsse bedeuten einen außerordentlichen Rückschritt. Diese Behandlung der ausländischen Arbeiter ist umso ungerechtfertigter, als die deutsche Industrie und Landwirtschaft ohne den dauernden Import ausländischer Arbeiter nicht bestehen kann. Wenn Ausländer im Dienste der deutschen Volkswirtschaft verunglücken, müssen sie auch entschädigt werden. (Beifall bei den Polen und Soz.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Die ausländische Unfallversicherung steht der deutschen keineswegs nach und die Verpflichtung des Unternehmers reicht vielfach weiter als bei uns. Sie ist gegenüber dem Ausländer nicht aufgehoben, wie es bei uns auf Betreiben der Berufsgenossenschaften geschehen soll.

Der Antrag auf Streichung wird abgelehnt.

§ 622 macht die Ueberweisung eines Verletzten aus einer Heilanstalt in eine andere von seiner Zustimmung abhängig; doch kann das Versicherungsamt die Zustimmung ergänzen.

Abg. Busold (Soz.): Wir beantragen den letzten Satz zu streichen, der einen ungerechtfertigten Eingriff in die Freiheit des Versicherten und geradezu ein Internierungsrecht der Berufsgenossenschaften bedeutet, deren Heilanstalten vielfach Rentenquerschnen sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Streichungsantrag wird abgelehnt.

§ 628 läßt Erhöhung oder Wiedergewährung der Rente nur für die Zeit nach Anmeldung des Anspruchs zu.

Abg. Kunze (Soz.): Wir bitten zu jenen: für eine längstens sechs Monate nach Anmeldung des Anspruchs zurückliegende Zeit. Die Kommissionsfassung bedeutet eine große Härte gegen die Rentenberechtigten, welche oftmals ohne ihre Ver schulden die Anmeldung unterlassen haben. (Sehr wahr b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 635 bestimmt, daß die Genossenschaft eine zu Unrecht entzogene oder abgelehnte Rente nach erneuter Prüfung neu feststellen kann.

Abg. Gue (Soz.): Wir beantragen, wie es dem natürlichen Gerechtigkeitsgefühl ent spricht, daß die zu Unrecht entzogene Rente neu festgestellt werden muß.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 638 lautet: Die Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung umfassen die Unternehmer der versicherten Gewerbe, einschließlich der Betriebe des Reiches, der Bundesstaaten, der Gemeinden und der Gemeindeverbände. Es liegt keine Veranlassung vor, der Reichs- und Staatsbetrieben eine Extrawurst zu kochen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler abgelehnt.

Bei § 640 bremte Abg. Wassermann, ohne für diese provis. Lösung Abänderung zu beantragen, die Fassung, die für die Rheinische Schifffahrt bedenklich sei.

Abg. Gue (Soz.): Die Bedenken verdienen Beachtung. Ebenso verdient Beachtung das ersichtliche Bestreben der Kohlenkönige von Stinnes' Art, sich mehr und mehr die Flußschifffahrt untertänig zu machen.

§ 688 handelt vom Vorstand der Berufsgenossenschaften. Dazu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor: Der Vorstand besteht zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeitgeber und zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeiter.

Abg. Stücken (Soz.): Die Ortskrankenkassen hat man entzweigt, die Landkrankenkassen ohne Selbstverwaltung gelassen, daher ist es umso notwendiger, den Arbeitern wenigstens einen gewissen Einfluß auf die Berufsgenossenschaften zu sichern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Daß die Arbeiter zu den Lasten der Berufsgenossenschaften nichts beitragen, stimmt nicht, der Unternehmer zahlt ja die Beiträge aus dem Wert, den die Arbeiter schaffen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Das hat selbst Graf Poljadorosky anerkannt. Sehr viele Berufsgenossenschaften sehen ihre Hauptaufgabe darin, die Renten herabzusetzen; dieser

Rentenquerschnen

würde bei Mitwirkung der Arbeiter sehr entschieden dagegengetreten werden. Die Mittel, deren sich manche Berufsgenossenschaft beim Rentenquerschnen bedient, grenzen zureichen direkt an Greueligkeit. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Tiefstand der sozialen Einsicht der Unternehmer macht es dringend nötig, die Arbeiter zur Mitwirkung heranzuziehen. Wenn die Arbeiterfreundlichkeit nicht eine bloße Phrase ist, der muß für unseren Antrag stimmen. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Im Ende des Abschnitts „Vermögensverwaltung“ beantragen die Sozialdemokraten die Einfügung eines § 720b wonach die Mittel der Berufsgenossenschaften nicht zur Unterfügung solcher Verträge verwendet werden dürfen, die die Arbeiterversicherung oder die Arbeiterorganisationen bekämpfen.

Abg. Wollenbühr (Soz.): Ueber politischen Mißbrauch der Krankenkassen haben Sie gesagt und zwar ohne Beweis, gegenüber dem politischen Mißbrauch der Berufsgenossenschaften durch die Unternehmer schämen Sie die Augen; zahlreiche Berufsgenossenschaften gehören dem Zentralverband deutscher Industrieller an, verwenden also einen Teil der Gelder zu politischen Zwecken. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Der Zentralverband deutscher Industrieller hat auch einen Wahlfonds gegründet, aus dem die rechtsstehenden Parteien und auch die nationalliberale Partei unterstügt wird. (Hört, hört! bei den Soz.)

Gegen diese politische Korruption hat Herr Heinke sein Wort der Entrüstung gefunden und ebenjowenig die Regierung. Gegen die Arbeiter ist eben jedes Mittel recht.

Abg. Dr. Wagdan (Vpt.): Die gerechte Verwendung von Geldern der Berufsgenossenschaften würden auch wir vermeiden. Wir erwarten von der Regierung bis zur dritten Lesung eine Aufklärung des Laubbekandes.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Unser Material stammt aus der öffentlich bekannt gegebenen Mitgliederliste des Zentralverbandes deutscher Industrieller. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Semler (Natl.): Politische Agitation der Berufsgenossenschaften verurteilen auch wir, ob in der bloßen Wirksamkeit zum Zentralverband deutscher Industrieller eine solche Agitation schon zu erblicken ist, überlasse ich im Augenblick nicht. (Hört b. d. Soz.) Bedenklich ist die Sache immerhin, aber es ist Aufgabe der Aufsichtsbehörde, einzuschreiten. Die Berufsgenossenschaften sollen über den Parteien stehen, und nach unseren Erfahrungen stehen sie auch über den Parteien. (Dr. Heiterkeit b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Caspar: Wenn Zweifel an der richtigen Verwendung der Gelder der Berufsgenossenschaften bestehen, so rechtfertigt das noch nicht eine Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

§ 747a verlangt, daß der Bundesrat im Jahre 1921 die gesetzlichen Vorschriften über Rücklagen dem Reichstag zu erneuter Beschlussfassung vorlegt.

Abg. Jeli (Zentrum) befürwortet einen Kompromißantrag, 1918 statt 1921 zu setzen.

Abg. Doormann (Vpt.) bittet um die Ablehnung des Antrages, der die Zukunft zugunsten der Gegenwart beläßt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) bekämpft den Antrag ebenfalls; die Gelder der Berufsgenossenschaften müßten der Industrie wieder zugeführt und verbren angelegt werden. Die Annahme des Antrages würde die Tendenz des Rentenquerschnens befördern. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

§ 647 handelt von den Unfallverhütungsvorschriften.

Abg. Korfantsch (Pole) befürwortet einen Antrag seiner Partei, wonach, wenn in einem Betrieb mindestens 50 Arbeiter mit nichtdeutscher Muttersprache beschäftigt sind, ihnen die Unfallverhütungsvorschriften in ihrer Muttersprache bekannt gemacht werden sollen. (Bravo! b. d. Polen und Soz.)

Abg. Leber (Soz.): Selbstredend stimmen wir diesem Verlangen zu. Wir haben schon in der Kommission Abänderungen dieses Paragraphen beantragt, damit, daß wirksame Maßnahmen getroffen werden, um die Unfallverhütungsvorschriften auch zur Kenntnis der Versicherten zu bringen. Öffentlich nimmt das Plenum unsere Anträge an und macht es nicht, wie die Kommission, die sie für berechtigt erklärt und doch ablehnt. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen den polnischen Antrag.

Abg. Sachse macht darauf aufmerksam, daß in Amerika schon 20 Arbeiter Anspruch auf Mitteilung in ihrer Muttersprache haben.

Abg. Dr. Semler (Natl.) mittelt in dem polnischen Antrag politische Tendenzen.

Abg. Korfantsch (Pole) stellt das sehr energisch in Abrede.

Abg. Giesberts (Zentrum) erklärt sich für den polnischen Antrag.

Abg. Gothein (Fortschrittliche Vpt.) erklärt sich mit der Tendenz des Antrags einverstanden, bemängelt aber die Fassung und schlägt eine andere Fassung vor, die sodann mit großer Mehrheit gegen die Rechte angenommen wird.

Die sozialdemokratischen Anträge zu § 847 werden abgelehnt; ebenso der vom Abg. Sachse (Soz.) begründete Antrag zum § 855, der für die Wahl der Vertreter der Versicherten gleiches direktes Wahlrecht vorschlägt.

Sein Vorschlag über die Wahlprüfung begründet

Abg. Gummel (Soz.) den Antrag, einen § 873a einzufügen, wonach die Genossenschaften sozial technische Aufsichtsbeamte anstellen müssen, daß jede in der Genossenschaft versicherte Betriebsstätte alljährlich einmal besichtigt wird. Heute wird nur der fünfte, bei manchen Berufsgenossenschaften nur der sechste Teil der Betriebe und sogar noch weniger, bis herab zum dreizehnten Teil jährlich besichtigt. Dabei sind massenhaft Betriebe ohne die notwendigen Einrichtungen zur Unfallverhütung. Eine häufigere Revision wäre also dringend notwendig. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Weiter beantragen wir noch die Zugunahme eines § 873 b, wonach mindestens ein Viertel der technischen Aufsichtsbeamten in dem Gewerbebezirk, dem die versicherten Betriebe angehören, als Arbeiter beschäftigt gewesen sein müssen. Das ist notwendig, wenn die Beamten die notwendige Erfahrung haben sollen. (Zust. b. d. Soz.)

Die beiden sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Zu § 892 begründet **Abg. Wollenbühr (Soz.)** den Antrag, bis dahin vorgesehene Ausnahmevorschriften für

Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe

zu streichen. Es liegt gar kein Grund vor, das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde auszuscheiden, noch weniger dafür, daß die Unfallverhütungsvorschriften für die Reichs- und Staatsbetriebe nicht gelten sollen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Es ist schon sehr bedauerlich, daß die Schutzvorschriften der Gewerbeordnung für die Reichs- und Staatsbetriebe nicht vorhanden sind, und jetzt sollen sie auch von den Unfallverhütungsvorschriften befreit sein.

Eine solche Gesetzgebung muß den denkbar schlechtesten Eindruck machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

§ 896 verpflichtet den Arbeitgeber zum Ersatz des Schadens für einen Unfall nur dann, wenn strafgerichtlich festgestellt wird, daß er den Unfall vorzüglich herbeigeführt hat und beschränkt die Verbindlichkeit des Unternehmers in diesem Falle auf den Betrag, indem sie die Entschädigung aus der Unfallversicherung übersteigt.

Abg. Franz-Mannheim (Soz.) begründet einen Antrag, der bezweckt, wenigstens in den Fällen, wo ein Anspruch auf Rente nicht besteht, den zivilrechtlichen Anspruch gegen den Unternehmer bestehen zu lassen, sowie Einführung eines § 896a: für Verurteilte, weil sie Ausländer sind, keinen Anspruch auf Rente haben, gilt § 896 nicht. Die ganze Versicherungsgebung zielt darauf ab, die Ersatzpflicht der Unternehmer aufzuheben und dieser Paragraph gehört ebenfalls dazu.

Abg. Dowe befürwortet den Antrag ebenfalls. **Abg. Dr. Semler (Natl.)** und **Abg. Trimbörn (Ztr.)** behalten sich eine eventuelle Annahme für die dritte Lesung vor.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen, da noch ein Teil des Zentrums und der Reichspartei dafür stimmt. Daraus verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Bestbewährte gesunde und magen-darunkranke Kufeke Mahrung für kleine schwächliche in der Ernährung zurückgebliebenen Kinder.

Julius Malz, Carlsstr. Nr. 6
an der Schwedenerstraße.
Solltend. Ausverkauf v. Kinder-Metal-Bettstellen zu nie wiederkehrenden billigen Preisen.
Kinderwagen, Sportwagen, Kastenwagen, Leiterwagen, Rohrwagen, Korbmöbel, Reiseförbe, Waschföbe
Preise wie bekannt allerbilligst. 2407
Annahme von Reparaturen an d. Werkzeugen.

MAGGI Bouillon-Würfel **5** Pfg. für $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{3}$ Liter **sind die besten!**

Nur echt mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke **Kreuzstern**.



